

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Richard Löwenthal
Georg von Rauch
Hans Roos

Zur Geschichte
der deutsch-sowjetischen
Beziehungen

B 10/64
4. März 1964

Richard Löwenthal, Dr. phil., o. Professor für die Wissenschaft von der Politik, insbesondere der Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik, an der Freien Universität Berlin, geb. 15. April 1908 in Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit (mit Willy Brandt), München 1957; Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963; Staatsfunktionen und Staatsform in den Entwicklungsländern, in: Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft, Berlin 1963.

Georg von Rauch, Dr. phil., o. Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Kiel, geb. 13. August 1904 in Pleskau. Veröffentlichungen u. a.: Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955; Lenin. Die Grundlegung des Sowjetsystems, Göttingen 1957; Machtkämpfe und soziale Wandlungen in der Sowjetunion 1923 bis 1961, Stuttgart 1963.

Hans Roos, Dr. phil., o. Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen, geb. 15. Dezember 1919 in Künzelsau. Veröffentlichungen u. a.: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1932—1939, Köln 1955; Beiträge in Osteuropa-Handbuch: Polen, hersg. v. Werner Markert, Köln 1958; Geschichte der polnischen Nation 1916—1960, Stuttgart 1962.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn Rhein. Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen: Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Rußland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten

Wie alle Beziehungen Rußlands mit der Außenwelt seit der Oktoberrevolution, so haben auch die russisch-deutschen Beziehungen seit 1917 neben dem diplomatischen einen „ideologischen“ Aspekt: den Einfluß der russischen Bolschewiki auf eine deutsche politische Bewegung, auf die Entstehung und Entwicklung der KPD. Über den Ursprung dieses Einflusses und den Zeitpunkt, an dem er zum entscheidenden Faktor wurde, herrschen heute in der deutschen Öffentlichkeit und zum Teil selbst in der Fachliteratur recht widersprechende Vorstellungen. Der antikommunistische Laie glaubt im allgemeinen, die KPD sei von vornherein als ein Werkzeug der Sowjets geschaffen worden; dagegen suchen die Darstellungen von Exkommunisten, wie etwa Ruth Fischer¹⁾, oft den Eindruck zu wecken, als sei die Unterordnung unter Moskauer Direktiven erst nach ihrem eigenen Ausschluß zu einem relativ späten Zeitpunkt erfolgt. Auch meine Fragestellung nach der „Bolschewisierung der deutschen Kommunisten“ drückt die Überzeugung aus, daß die deutschen Kommunisten nicht von vornherein bolschewistisch waren und erst durch einen nachträglichen Prozeß der Transformation zu einem Instrument sowjetischer Politik wurden; doch läßt sich zeigen, daß die erste, entscheidende Etappe dieses Gleichschaltungsprozesses schon recht früh – zwischen dem Sommer 1920 und dem Frühjahr 1921 – vollendet wurde²⁾.

I.

Die ursprünglichen deutschen Kommunisten, die sich aus der „linksradikalen“ Richtung der

1) Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt o. J. (1948).

2) Für eine dokumentierte Darstellung dieser Etappe siehe R. Löwenthal, „The Bolshevisation of the Spartacus League“ in St. Antony's Papers, Nr. 9, International Communism, London 1960.

Die drei Beiträge dieser Ausgabe sind zuerst als Referate auf der Tagung anlässlich des 50jährigen Bestehens der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“ im Oktober 1963 in Berlin gehalten worden. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Kohlhammer-Verlages, Stuttgart, der in Kürze sämtliche Vorträge dieser Tagung in einem Sammelband unter dem Titel „Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart“ herausgibt.

Sozialdemokratie vor 1914 über die „Gruppe Internationale“ der ersten Kriegsjahre zum „Spartakusbund“ unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entwickelten, unterschieden sich in wesentlichen Punkten ihrer Auffassung und Praxis von den russischen Bolschewiki. Ganz wie die revolutionären Minderheiten in der Arbeiterbewegung anderer europäischer Länder vor dem ersten Weltkrieg hatten sie eigene Wurzeln und waren keineswegs als Anhängsel der Bolschewiki entstanden; selbst während des Krieges, als diese Gruppen sich mit andern sozialistischen Kriegsgegnern in der „Zimmerwaldbewegung“ international zusammenschlossen und innerhalb dieser Bewegung gemeinsam mit den Bolschewiki den eigentlich revolutionären Flügel, die „Zimmerwalder Linke“, bildeten, wurden die Bolschewiki von

Richard Löwenthal	
Rußland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten	S. 3
Georg von Rauch	
Stalin und die Machtergreifung Hitlers	S. 14
Hans Roos	
Deutschland, Polen und die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg	S. 26

ihnen keineswegs als ihr Vorbild angesehen, sondern hatten im Gegenteil unter diesen ihren engsten internationalen Verbündeten eine recht umstrittene Sonderstellung auf Grund ihrer undemokratischen Organisationsform. Denn jene revolutionären Minderheiten der fortgeschrittenen Industrieländer – also einerseits die revolutionären Marxisten wie die deutschen Spartakisten, die holländischen Tribunisten, die schwedischen Jungsozialisten von damals, andererseits die revolutionären Syndikalisten Frankreichs, Italiens und Spaniens und die I. W. W. in den Vereinigten Staaten – waren in einem Punkte alle einig: sie glaubten, daß die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Erfahrungen im niedergehenden Kapitalismus notwendig überall zu einer revolutionären Haltung kommen werde und daß auf die Dauer nur eines eine revolutionäre Orientierung der organisierten Arbeiterbewegung verhindern könne – nämlich „korrupte, reformi-

stische Bürokraten und Bonzen“, also Parlamentarier oder Partei- und Gewerkschaftssekretäre, die ihre Machtstellung undemokratisch mißbrauchten. Daraus folgte, daß, wenn man in der Zeit vor 1914 ein entschiedener sozialistischer Revolutionär in Mittel- oder Westeuropa war, man gleichzeitig ebenso entschieden für die extremste Form der innerparteilichen Demokratie eintrat. Das war insbesondere auch die Auffassung von Rosa Luxemburg.

Dagegen hatten Lenin und die Bolschewiki unter den ganz anderen Bedingungen ihres illegalen Kampfes gegen den Zarismus die These entwickelt, daß nur die straffste zentralistische Organisation, der Parteaufbau von oben nach unten, die Bestellung der Funktionäre nicht durch Wahl, sondern durch Auswahl, die Auswahl auch der Mitglieder durch die Parteiführung — daß nur diese Form der Organisation geeignet sei, den revolutionären Erfolg zu verbürgen; und auf Grund dieser extrem anti-demokratischen, zentralistischen Organisationsform standen die demokratisch-revolutionären Minderheiten der mittel- und westeuropäischen Arbeiterbewegung den Bolschewiki mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber.

Das galt insbesondere wiederum für Rosa Luxemburg, die ja durch ihre Herkunft aus der polnischen sozialistischen Bewegung mit der russischen Sozialdemokratie eng verbunden war und für weite Kreise der westeuropäischen und mitteleuropäischen Sozialisten als der berufene Interpret der Vorgänge in der russischen revolutionären Bewegung galt. Rosa Luxemburg hatte schon 1904 eine heftige Polemik gegen Lenins Auffassung von der Organisation der revolutionären Partei geführt; sie hatten ihm vorgeworfen, die Partei, die er aufbaue, sei nicht der Typus einer Arbeiterorganisation, sondern einer jakobinischen Verschwörerorganisation. Lenin hatte geantwortet, der mit der Organisation der klassenbewußten Arbeiter unzertrennlich verbundene Jakobiner sei eben der revolutionäre Sozialdemokrat. Und Rosa Luxemburg hatte erwidert: „Tatsächlich ist die Sozialdemokratie nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse verbunden, sondern sie ist die eigene Bewegung der Arbeiterklasse“³⁾.

Auch während des Krieges gab es noch beträchtliche Gegensätze zwischen Rosa Luxem-

burgs Gruppe und den russischen Bolschewiki; und diese Gegensätze drehten sich nicht um den revolutionären Kampf gegen den Krieg, in dem sie einig waren, sondern um die Frage der Parteispaltung. Lenin war zu der Überzeugung gekommen, daß die Bejahung der Landesverteidigung durch die große Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien aller Länder auf einen „Verrat“ der Parteiführer und einer dünnen Schicht von korrumpierten „Arbeiteraristokraten“ zurückzuführen sei und daß es die Aufgabe der Revolutionäre sei, die Parteien zu spalten, mit den verräterischen Führern zu brechen und das echte Banner des revolutionären Kampfes zu entfalten, damit die irreführte Masse der Arbeiter eine richtige Führung fände. Rosa Luxemburg zögerte, eine solche Spaltung zu vollziehen; und nachdem die Spaltung dem kriegsgegnerischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie (also nicht nur ihrer engeren Gruppe, sondern dem viel größeren Kreis, der später die Unabhängige Sozialdemokratie bildete) aufgezwungen wurde, war sie weiterhin nicht bereit, nun sich von denjenigen Unabhängigen, die zwar Kriegsgegner, aber keine Revolutionäre in Lenins Sinne waren, erneut organisatorisch abzugrenzen, wie Lenin es verlangte. Für Lenin war das Entscheidende nicht die Opposition gegen den Krieg als solche, sondern die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“, also die Ausnutzung des Krieges zur Vorbereitung der proletarischen Revolution. Auch darin stimmte Rosa Luxemburg ihm zu, sie sah aber nicht ein, daß man dafür eine auch von dem pazifistischen Flügel getrennte eigene Partei schaffen müsse. Noch in einem Artikel im Jahre 1917 verwarf sie den Plan, „die Arbeiter heute in verschiedene, sorgfältig getrennte Parteikäfte, entsprechend den beiden Richtungen der Opposition, einzupferchen“, als den Ausdruck einer „Konventikelauffassung der Partei“⁴⁾.

Als bei Kriegsende der Spartakus-Bund aus der Illegalität hervortrat, da war er noch immer als Richtung innerhalb der breiteren Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei organisiert, und Rosa Luxemburg und ihre Freunde wünschten diesen Zustand solange beizubehalten, bis sie Gelegenheit gehabt hätten, den sehr beträchtlichen radikalen Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie entscheidend unter ihren Einfluß zu bringen. Es war Karl

3) Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, Neue Zeit 1904, jetzt in Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, hrsg. von O. K. Flechtheim, Frankfurt 1963.

4) Rosa Luxemburg in „Der Kampf“, Duisburg, 31. 3. 1917, zitiert nach Paul Lange, „Ursachen und Lehren des blutigen Osterspiels“ in Freiheit, Berlin, 20. 4. 1921.

Radek, der damals, Weihnachten 1918, als Emissär der russischen Bolschewiki nach Deutschland kam, der die Spartakisten dazu drängte, eine eigene Partei zu bilden, und er übte sogar einen gewissen Druck aus, indem er eine kleinere Gruppe, mit der er selbst schon in der Vorkriegszeit verbunden gewesen war, die sogenannten Bremer Linksradi-kalen oder „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, vorschob: die Bremer drohten, wenn die Spartakisten sich nicht mit ihnen vereinigten und eine neue „Kommunistische Partei“ bildeten, würden die Bolschewiki sie allein als ihre verbündeten Brüder anerken-nen⁵⁾.

So ist die Gründung der KPD als selbständige Partei, die an der Jahreswende 1918/19 erfolgte, tatsächlich unter einem gewissen äußeren Druck der Bolschewiki zustande gekom-men. Aber auch damals noch waren die Auf-fassungen dieser Partei von den Auffassungen der Bolschewiki in wichtigen Punkten ver-schieden. Rosa Luxemburg hatte sich im kai-serlich deutschen Gefängnis mit den Ereignis-sen der russischen Revolution auseinandergesetzt. Sie hatte die Machtergreifung der So-wjets und die Schritte der Bolschewiki zur Herbeiführung eines sofortigen Waffenstill-standes begrüßt; sie hatte aber gleichzeitig, ganz im Sinne ihrer alten organisatorischen Gegensätze, die Tendenz der Bolschewiki zur Errichtung einer Minderheitsdiktatur ihrer Partei kritisiert und hatte vor der Gefahr ge-warnt, daß allmählich alles echte politische Leben unter einer solchen Diktatur absterben und die ganze Initiative in den Händen einiger weniger Führer konzentriert werden würde⁶⁾. Für Rosa Luxemburg war das, was sie mit Karl Marx „Diktatur des Proletariats“ nannte, nicht die Diktatur einer Minderheit, einer klei-nen Elitepartei, sondern die Diktatur der un-geheuren Mehrheit, etwas, was es noch nie gegeben hatte und auch seither nie gegeben hat, was sie aber tatsächlich und wörtlich so verstand⁷⁾. Noch im Programm des Spartakus-

Bundes, das auf jenem Gründungsparteitag der KPD angenommen wurde, steht die Formu-lierung, der Spartakus-Bund werde niemals „ohne den klaren und unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Mas-sen“ die Macht ergreifen⁸⁾.

Es soll gleich gesagt werden, daß die Ereig-nisse der folgenden Monate, der Januar-Auf-stand von 1919 und die späteren Aufstände dieses Jahres, keinen Gegenbeweis bilden. Der Aufstand vom Januar 1919 ist nicht in erster Linie von der Führung des Spartakus-Bundes ausgegangen, sondern von den Ber-liner „Revolutionären Obleuten“; Karl Lieb-knecht, der den Aufruf zum Aufstand mit un-terzeichnet hat, hat das entgegen einem vor-herigen Beschluß der Spartakus-Führung ge-tan, er hat sich von der Stimmung in diesem weiteren Kreise mitreißen lassen. Und auch in den folgenden Monaten sind die sogenannten Spartakus-Aufstände des Jahres 1919 im wesentlichen nicht das gewesen, als was man sie bei den Gegnern der Kommunisten meist dar-gestellt hat, nämlich zielbewußte kommunisti-sche Putsche, sondern sie sind weitgehend Zu-sammenstöße gewesen, die zwischen den lo-kalen, zunächst von der Revolution her be-waffneten Arbeitereinheiten einerseits und den lokalen Freikorpseinheiten andererseits zufällig ausbrachen oder auch von den Frei-korps bewußt herbeigeführt wurden. Es gab zielbewußte kommunistische Putsche in der späteren deutschen Geschichte; aber jene Er-gebnisse des Jahres 1919 waren es nicht.

II.

Wir finden also, daß die deutschen Kommuni-sten von Vorstellungen ausgingen, die von den Gedanken Rosa Luxemburgs geprägt wa-ren und sich von den Vorstellungen der Bol-schewiki wesentlich unterschieden, und daß auch ihre Organisationsform - lose, demokratisch und wenig diszipliniert - sich zunächst von der Organisationsform der Bolschewiki grundsätzlich unterschied. Daran ändert auch die Gründung der Kommunistischen Interna-tionale im März 1919 zunächst noch nichts. Als die Komintern gegründet wurde, da war der junge Sowjetstaat auf dem Tiefpunkt seiner Isolierung angelangt. Nur wenige Delegierte schwacher Grüppchen gelangten nach Moskau, und den Bolschewiki konnte es damals gar nicht einfallen, diesen Gruppen bzw. den künftigen kommunistischen Parteien von vornher-ein die Art von zentralistischer Disziplin auf-zwingen zu wollen, die wir aus der späteren

8) Was will der Spartakusbund? Berlin 1919, 22 f.

5) Vgl. den in Anmerkung 4 notierten Artikel von Paul Lange über die Drohung des Organs der Bremer Gruppe, der „Arbeiterpolitik“, die KPD werde „mit oder ohne“ die Spartakusgruppe ge-gründet werden; ferner die - zur Zeit des Er-scheinens parteioffizielle - „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“, Berlin 1928, 264.

6) Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, aus dem Nachlaß hrsg. von Paul Levi, jetzt in der Aus-gabe von O. K. Flechtheim, Frankfurt 1963.

7) „Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung ...“ Ebenda S. 78.

Geschichte der Kommunistischen Internationale kennen. Was damals auf dem Gründungskongreß der Komintern proklamiert wurde, das war einfach das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats in der Form der Räteherrschaft, die Solidarität mit Sowjetrußland und die Pflicht zum organisatorischen Bruch mit den reformistischen sozialdemokratischen Führern, zur Bildung einer neuen Internationale, nichts darüber hinaus.

Daß die Bolschewiki auf dem Gründungskongreß der Komintern gar nicht versuchten, die wenigen ausländischen Gruppen, die zum Anschluß an die neue Organisation bereit waren, nach ihren Vorstellungen zu modeln, hatte nicht etwa nur taktische Gründe. Lenin hatte ja die zentralistische, undemokratische Organisationsform der eigenen Partei immer in erster Linie mit den besonderen russischen Verhältnissen begründet und die sozialdemokratischen Massenparteien des Westens organisatorisch nie kritisiert; 1919 war es noch kein bolschewistisches Dogma, daß jede sozialistische Revolution eine „Partei vom neuen Typ“ erfordere. Im Gegenteil: die Bolschewiki rechneten damals ernsthaft mit dem Sieg kommunistischer Revolutionen in den entscheidenden europäischen Ländern in unmittelbarer Zukunft, so daß für einen vorherigen Umbau der kommunistischen Parteien nach russischen Vorbild weder ein Bedürfnis noch Zeit vorhanden zu sein schien. Das war die Situation, in der Lenin bereit war, in einem Freundschaftsvertrag mit der nur wenige Monate lang existierenden finnischen Sowjetregierung ein Schiedsgericht für eventuelle Streitfälle einzusetzen, in dem ein neutraler Sozialist, ein schwedischer Linkssozialist, als Vorsitzender die ausschlaggebende Stimme haben sollte⁹⁾. Es war auch jene Zeit, als Lenin noch erklärte, nach der deutschen kommunistischen Revolution würde Rußland wieder „ein rückständiges Land im Sowjetsinne“ sein.

Es dauerte jedoch nur ein Jahr, bis sich dieser Standpunkt der Bolschewiki und bald danach auch das wirkliche Verhältnis der Parteien zueinander völlig veränderte. Der Grund dieser Veränderung war, daß auf der einen Seite die Bolschewiki sich im Laufe des Jahres 1919 im Bürgerkrieg und in der Auseinandersetzung mit Interventionstruppen siegreich behaupteten und daß auf der anderen Seite in diesem gleichen Jahre alle kommunistischen Revolutionsversuche in Mitteleuropa, von Westeuropa zu schweigen, scheiterten. Das Jahr

9) Zitiert bei Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, Princeton 1951², S. 90.

1919 sah ja nicht nur den Sieg der Bolschewiki, es sah auch die Entstehung und den Untergang der ungarischen Räterepublik und der bayerischen Räterepublik. Bereits im Frühjahr 1920 zog Lenin aus diesen Ereignissen den Schluß, daß, wenn seine kommunistischen Freunde trotz der revolutionären Krise in Europa in keinem anderen Lande gesiegt hatten, diese Kommunisten offenbar nicht genügend erfahrene, nicht genügend geschickte, nicht genügend geschulte Führer hätten und aus der Erfahrung der Bolschewiki lernen müßten. Lenins Schrift vom Frühjahr 1920, „Der Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus“, war das erste Dokument, in dem diese Vorbildrolle der Bolschewiki herausgearbeitet und das Lernen aus der Taktik der Bolschewiki den Kommunisten anderer Länder aufgetragen wurde.

Um diese gleiche Zeit begann jedoch eine neue Welle der Radikalisierung in der mittel- und westeuropäischen Arbeiterbewegung. Erhebliche Teile der deutschen, der französischen, der italienischen Arbeiterschaft zeigten sich von den Ergebnissen der Nachkriegskrise enttäuscht und begannen, bewundernd auf den neuen Sowjetstaat in Rußland zu blicken. Es ist die Zeit, in der in Deutschland nach dem Generalstreik, der zum Scheitern des Kapp-Putsches führte, ein erheblicher Teil der unabhängigen sozialistischen Arbeiter zu der Überzeugung kam, man hätte eben von vornherein radikalere Maßnahmen treffen sollen und man müsse von den Russen lernen. Es ist die Zeit, in der der Parteitag der französischen Sozialdemokraten in Tours mit Mehrheit beschloß, die Aufnahme in die Kommunistische Internationale zu beantragen, und in der ein gleicher Beschluß von der italienischen Sozialistischen Partei gefaßt wurde. Und es ist schließlich auch die Zeit, in der im Frühjahr 1920 die Bolschewiki nach der siegreichen Beendigung des Brügerkrieges von Polen angegriffen wurden und im Rückschlag gegen die Polen sich nicht mit der Abwehr des Angriffs begnügten, sondern im Juli beschlossen, „Europa mit den Bajonetten der Roten Armee abzutasten“, wie Lenin es damals ausgedrückt hat – d. h. auf Warschau vorzumarschieren, eine kommunistische Regierung für Polen zu proklamieren und zu sehen, ob sie durch den Vormarsch bis zur deutschen Grenze nicht auch der deutschen Revolution einen neuen Anstoß geben könnten.

Im Gegensatz zu 1919 entstand im Sommer 1920 also eine Situation, in der die russische Revolution nun wirklich als das Vorbild, als

das Machtzentrum, als das Mekka aller radikalen Revolutionäre zu erscheinen begann und in der diese Revolution gleichzeitig den bewaffneten Vorstoß nach Europa hinein versuchte. Und es war in dieser Situation, während des Vormarsches in Polen und nach den Aufnahmeanträgen der französischen und italienischen sozialistischen Parteien, daß der zweite Weltkongreß der Komintern zusammentrat. Auf diesem Kongreß nun standen die Bolschewiki vor der Frage, wie sie auf diese Aufnahmeanträge von Parteien reagieren sollten, die ja keineswegs von kommunistischen Revolutionären geführt wurden, sondern von linkssozialistischen Politikern, die sich der vorübergehenden radikalisierten Stimmung der Arbeiterschaft anzupassen und die Einheit ihrer Partei zu erhalten suchten. Die Bolschewiki wollten diese Leute nicht haben, von denen sie das Gefühl hatten, sie würden den Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit an die russische Revolution nur als eine Art Feigenblatt benutzen, um ihre opportunistische Blöße zu bedecken. Sie wollten diesen Führern den Zutritt verbieten, und sie wollten Garantien dafür schaffen, daß nur die Parteien in die Kommunistische Internationale aufgenommen würden, deren revolutionärer Reinheit sie sicher sein konnten.

In dem Bemühen, dies zu erreichen, fielen die Bolschewiki auf die Erfahrungen ihrer eigenen Parteigeschichte zurück - auf die Prinzipien der zentralistischen Organisation. Zum erstenmal proklamierten die Bolschewiki in der Form der 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale den Grundsatz, daß eine Partei sich nur kommunistisch nennen dürfe, wenn sie so aufgebaut sei, wie die Bolschewiki selber aufgebaut waren, mit strikter disziplinärer Unterordnung aller Parteimitglieder im Parlament, in den Gewerkschaften usw. unter die Direktiven des Zentralkomitees, wenn sie auch in Zeiten der Legalität einen besonderen konspirativen illegalen Apparat für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes aufbaute und wenn sie in derselben Form des Zentralismus, die sie im eigenen Lande praktizierte, sich auch der Kommunistischen Internationale unterordnete. Der formellen Fiktion nach war das ein „demokratischer Zentralismus“. Das Zentralkomitee, das auf nationaler Ebene, und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das auf internationaler Ebene die Direktiven gab, wurden von Parteitag bzw. Weltkongressen gewählt. Aber faktisch wurde dafür gesorgt, daß in jedem einzelnen Lande die Autorität des

Zentralkomitees groß genug sein würde, um die Wahl der Delegierten zum nächsten Parteitag und damit seine eigene Bestätigung zu sichern, während in der Internationale die Autorität der Bolschewiki überwältigend war. Gewiß, die Bolschewiki waren nur eine von vielen Parteien der Kommunisten, sie hatten als stärkste Partei die stärkste Delegation aber keine Mehrheit in der Komintern-Exekutive: doch Rußland war das Land, in dem die neue Internationale ihren Sitz hatte, das Land, auf dessen technische und finanzielle Hilfe, von falschen Pässen bis zu Geldmitteln, der ganze Verbindungsapparat der Kommunistischen Internationale angewiesen war, und es war vor allen Dingen das Land, das als Vorbild galt und um dessen Autorität die ganze Internationale aufgebaut wurde, so daß die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen gesichert war.

Indem die Bolschewiki nun in den 21 Bedingungen den Grundsatz der zentralistischen Disziplin nach bolschewistischem Vorbild für die Internationale proklamierten, schufen sie etwas ganz Neues, etwas, woran niemand vorher gedacht hatte - den Versuch einer zentralistischen Weltpartei -, und sie versuchten, ihr eigenes totalitär-zentralistisches Modell auch den einzelnen kommunistischen Parteien, voran der deutschen, die damals die potentiell wichtigste war, aufzuzwingen. Nun ist der Gedanke einer zentralistischen Weltpartei etwas überaus Merkwürdiges. Der Zentralismus der Bolschewiki, der Zentralismus aller totalitärer Parteien findet seine Rechtfertigung darin, daß er ein Mittel zur Machteroberung und Machtbehauptung ist. Solche Parteien sind nicht als Ausdruck eines Klasseninteresses oder einer geistigen Strömung, sondern als Instrument eines Willens zur Macht organisiert, und sie bewähren sich, indem sie die Macht erringen. Aber die Macht wird in einem gegebenen Staat errungen, die Macht ist die Staatsmacht, und sie kann nur von einer Partei errungen werden, die eben, wie das totalitäre Parteien tun, sich völlig auf diese eine Aufgabe der Machteroberung konzentriert und alle anderen Prinzipien und Vorstellungen demgegenüber zurücktreten läßt. Das ist der große Vorteil einer totalitären Partei gegenüber allen mit Teilinteressen identifizierten demokratischen Parteien in einer schweren revolutionären Krise - die Ungebundenheit. Aber eine Partei, die ein Bestandteil einer Weltpartei ist, die ihr Zentrum nicht in sich selber hat, die Direktiven von draußen be-

kommt und von der man weiß, daß sie Direktiven von draußen bekommt, eine solche Partei hat diesen Vorteil der Ungebundenheit nicht. Es liegt also in dieser Konstruktion der zentralistischen Weltpartei ein Widerspruch. Und die Folge dieses Widerspruchs war, daß nun etwas recht eigentlich Absurdes entstand, nämlich totalitäre Parteien, die ihr Zentrum nicht in sich selbst hatten, abgeleitete totalitäre Parteien, wie ich sie nennen möchte.

III.

Die Schaffung einer totalitären Partei, die Schaffung einer Partei, die in dieser zentralistischen Art auf den Kampf um die Macht ausgerichtet ist, ist nicht leicht. Lenin hat eine Reihe von Jahren gebraucht, um sein Instrument nach seinen Vorstellungen zu schaffen. Und wenn ein Vergleich gebraucht werden darf, auch Adolf Hitler hat eine Reihe von Jahren gebraucht, um aus seinem Haufen das Instrument zu machen, mit dem er die Macht erobern konnte. In diesen kommunistischen Parteien der anderen Länder, voran in Deutschland, wurde nun dieser Prozeß der Umformung von außen vorgenommen. Die Frage, die hier gestellt werden soll, ist, wie dieser Prozeß gelingen konnte, wie er gelingen konnte insbesondere in der deutschen kommunistischen Partei, die ja in der Person und den Lehren Rosa Luxemburgs eine eigenständige Tradition hatte, in der auch die Führer erzogen worden waren, die nach der Ermordung Rosa Luxemburgs im Januar 1919 übrig blieben.

Der Prozeß vollzog sich nicht ohne Widerstand, er vollzog sich in einer Reihe von Etappen. Ich habe ihn den Prozeß der „Bolschewisierung“ der deutschen Kommunisten genannt. Das ist ein Ausdruck, der auch von den Kommunisten selbst in ihrer Geschichtsschreibung benützt wird, aber die Kommunisten benutzen ihn erst für bestimmte Ereignisse von 1924 an, das heißt nach Lenins Tod, als Stalin die „Bolschewisierung“ ausdrücklich als ein Ziel proklamierte. Tatsächlich hat aber das, worum es sich hier handelt, die Umformung der anderen kommunistischen Parteien im Ebenbilde der Bolschewiki, schon vorher begonnen; und von den Etappen, die der Prozeß durchlaufen hat, war die erste die bei weitem wichtigste. Diese erste Etappe vollzog sich in der deutschen kommunistischen Partei in dem einen Jahr zwischen dem zweiten Weltkongreß im Juli/August 1920 und dem Frühjahr 1921.

Die Auseinandersetzung entwickelte sich zunächst an einer Frage, die auf dem zweiten Weltkongreß selbst auftauchte. Paul Levi, der

Schüler Rosa Luxemburgs, der die deutsche kommunistische Partei damals führte, hatte von vornherein Bedenken gegen die 21 Bedingungen; er hatte das Gefühl, es sei kein guter Weg, den revolutionären Charakter einer Partei durch rein obligatorische Bedingungen garantieren zu wollen. Die Bolschewiki verübelten ihm diesen Widerstand, der sich in den Kommissionen des Kongresses äußerte.

Doch sie verübelten ihm etwas anderes noch mehr. Der Kongreß fiel ja mit dem Höhepunkt der russischen Offensive in Polen zusammen. Die Delegierten versammelten sich jeden Tag in der Vorhalle vor einer riesigen Landkarte, auf der mit Fähnchen der neueste Vormarsch der Roten Armee in Polen abgesteckt worden war; und diese Stimmung blieb nicht ohne Einfluß auf die Resolutionen, die von den Bolschewiki dem Kongreß vorgelegt wurden. In einer Resolution, die Lenin „zu den grundlegenden Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ vorlegte, hieß es im ursprünglichen, vor dem Kongreß geschriebenen Entwurf, die Aufgabe der kommunistischen Parteien sei jetzt nicht, die Revolution zu beschleunigen, sondern die Arbeit an der Vorbereitung des Proletariats zu beschleunigen¹⁰⁾. In der Kommission selbst änderte Lenin diesen Entwurf um und schrieb, die Aufgabe der kommunistischen Parteien sei jetzt, die Revolution zu beschleunigen, ohne sie durch künstliche Mängel zu provozieren¹¹⁾. Die entscheidende Änderung in dieser These war begründet durch Lenins Wunsch, revolutionäre Aktionen in den anderen europäischen Ländern, besonders aber in Deutschland, mit dem Vormarsch der Roten Armee zu koordinieren. Dabei stieß er aber auf den Widerstand der deutschen kommunistischen Parteiführung, insbesondere Paul Levis, der sich auf den Standpunkt stellte, eine solche Koordination auf Befehl sei nicht möglich¹²⁾; revolutionäre Aktionen könnte die Partei nur in Gang setzen, wenn die Arbeiterschaft in revolutionäre Gärung gerate und nicht auf Befehl.

Der neue Apparat der Komintern reagierte darauf prompt in der Person von Karl Radek, der als Delegierter nach Deutschland kam und ganz bewußt hinter dem Rücken Paul Levis eine Fraktion gegen ihn in der deutschen

10) Lenin, Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Werke. Nach der 4. russ. Ausg., dt. Bd. XXXI Berlin 1959, 177.

11) Protokoll des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1920, 751 f.

12) Ernst Meyer, „Über Offensivtaktik“, in: „Rote Fahne“ Nr. V/37, 22. 1. 1922.

kommunistischen Partei aufzubauen begann. Diese Manöver hatten um so mehr Bedeutung, weil gerade damals, kurz nach dem zweiten Weltkongreß, die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitag von Halle und die Vereinigung ihrer Mehrheit mit der alten Kommunistischen Partei zur Vereinigten Kommunistischen Partei auf der Tagesordnung stand. Die Delegation der deutschen Unabhängigen auf dem zweiten Weltkongreß hatte sich an der Frage der 21 Bedingungen gespalten, wie es die Absicht der Bolschewiken gewesen war, und nun wurde diese Spaltung auf dem Parteitag durchgeführt. Indem sie durchgeführt wurde, kamen aber große neue Mitgliedermassen in die neue Vereinigte Kommunistische Partei hinein, die rasch auf $\frac{1}{2}$ Million Mitglieder nach ihren offiziellen Angaben und auf mindestens 350 000 Mitglieder in Wirklichkeit answoll. Und das bedeutete, daß die Bolchewiki, indem sie gleichzeitig ihre Fraktionsbildung auch unter einem Teil der Funktionäre der ehemaligen USPD begannen, eine gute Chance hatten, die Geschlossenheit der alten Spartakusführung zu durchbrechen und der alten Autorität, die sich von Rosa Luxemburgs Tradition herleitete, eine neue Autorität, die sich auf den Stern im Osten orientierte, entgegenzusetzen.

Es kam schon bald nach der Vereinigung zu offenen Auseinandersetzungen in der neuen deutschen kommunistischen Parteiführung, und Paul Levi, der ein von sich sehr überzeugter, moralisch mutiger und ehrlicher Mann, aber in taktischem Geschick den Bolschewiki keineswegs gewachsen war, ließ sich dazu bringen, den Kampf an einer außerdeutschen Frage aufzunehmen – an der Frage der Spaltung der italienischen sozialistischen Partei. Das war tatsächlich eine Grundsatzfrage, in der es um dasselbe Prinzip der „Bolchewisierung“ ging. Die Delegierten der Kommunistischen Internationale auf einem Parteitag der italienischen Sozialisten hatten gemäß den 21 Bedingungen den Ausschluß des reformistischen Flügels der bis dahin ungespaltenen italienischen sozialistischen Partei, des Flügels um den alten Parteiführer Turati, verlangt. Dieser Flügel war eine verhältnismäßig kleine Minderheit, aber der Hauptteil der Partei, unter der Führung von Serrati, weigerte sich, diesen Ausschluß vorzunehmen. Daraufhin bestanden die Delegierten der Komintern darauf, in diesem Falle eben auch Serrati und seine Anhänger auszuschließen und nur diejenige Minderheit, die dazu bereit war, als Kommunisten zu akzeptieren. Paul Levi war

als Gastdelegierter der deutschen Partei bei diesen Vorgängen anwesend und war darüber entsetzt. Er sah darin die Bestätigung seiner Befürchtungen, daß die 21 Bedingungen zu einer Versektung der revolutionären Bewegung, zu einer Politik der Spaltung als Selbstzweck führen würden, und er gab seinen Bedenken nach seiner Rückkehr auch öffentlich Ausdruck.

Über diese Frage kam es Anfang 1921 zu bitteren Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Komintern bei der deutschen Parteiführung und zu einem Mehrheitsbeschluß, bei dem Levi und Klara Zetkin, die alte Kampfgefährtin Rosa Luxemburgs, zum erstenmal in der Minderheit blieben. Sie reagierten darauf, indem sie ihre sämtlichen Ämter niederlegten. Die Komintern hatte die erste Runde im Kampf um die „Bolchewisierung“ der deutschen Kommunisten gewonnen. Aber sehr viel Wichtigeres sollte folgen.

Bald darauf erschien ein neuer Delegierter der Komintern mit einigen Gehilfen in Deutschland. Dieser Delegierte, der ungarische Kommunist Bela Kun, der in Moskau im Exil gelebt hatte, hatte Vollmacht von Sinowjew und dem engeren „Kleinen Büro“ des Exekutivkomitees der Komintern, die deutsche kommunistische Partei zu einer sofortigen gewaltsamen Aktion, zum Sturz der Regierung zu treiben. Die Komintern glaubte selbst nicht und auch die deutsche Parteiführung glaubte nicht, daß es in diesem Augenblick möglich sei, die Macht zu erobern; sie glaubten aber, daß es möglich sei, durch Massenstreik und bewaffnete Aktionen die deutsche Republik zu erschüttern, daß eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung eintreten würde, eventuell mit günstigen Folgen für die sowjetische Politik. Tatsächlich begann Bela Kun, eine halb willige, halb zögernde deutsche Parteiführung in eine Aktion hineinzuhetzen. Es wurde daraus der berühmte mitteldeutsche Aufstand vom März 1921. Hier war nun wirklich ein Beispiel für das, was sich Anti-Kommunisten unter einem klassischen kommunistischen Putsch vorstellen — eine völlig auf Befehl von Moskau vom Zaun gebrochene, kommandierte Aktion.

Die Aktion war ein furchtbarer Fehlschlag. Der Streik wurde kein Generalstreik. In den meisten Betrieben streikten die Arbeiter nicht; es kam zu Aktionen kommunistischer Arbeitsloser, die versuchten, die Arbeiter aus den Fabriken herauszuprügeln und selber verprügelt wurden. Es kam zu bewaffneten

Kämpfen um das Leuna-Werk in Mitteldeutschland, es kam zu einigen Hunderten von Zuchthausurteilen, zu vielen Tausenden von Entlassungen und zu einer enormen Schwächung der kommunistischen Partei. Levi, der damals nicht mehr in der Parteiführung war und auf die Ereignisse keinen Einfluß hatte, reagierte auf sie mit der Veröffentlichung einer Broschüre „Unser Weg: Wider den Putschismus“¹³⁾, in der er nicht nur die Aktion selbst verurteilte, sondern die Mitverantwortung der Kommunistischen Internationale anprangerte. Er wurde daraufhin prompt aus der Partei ausgeschlossen.

So entwickelte sich eine Parteikrise, die sich in Etappen über Monate hinzog. Es kam auf dem dritten Weltkongreß noch im selben Jahre zu einer Verurteilung der Aktion durch Lenin selbst und zu einer Wendung in der Richtung der Politik der sogenannten Einheitsfront, aber Levi und seine Anhänger wurden nicht rehabilitiert. Die Aktion wurde verurteilt in dem Sinne, daß sie falsch geführt worden sei, aber sie wurde in eine Verteidigungsaktion umgelogen und die Verantwortung der Komintern für sie wurde gelehnet. Damit wurde – noch zu Lenins Lebzeiten – eindeutig das Prinzip etabliert, daß die KPdSU und das von ihr beherrschte Exekutivkomitee der Komintern unfehlbar seien und daß für Kritiker dieser Unfehlbarkeit kein Platz in der Komintern sein könne. Die sowjetischen Parteifunktionäre und die in Moskau lebenden kommunistischen Flüchtlinge aus Polen, Ungarn und Bulgarien, denen es zufiel, als Beamte und Emissäre der Weltrevolution dieses Prinzip gegen die traditionellen Führer der einzelnen kommunistischen Parteien durchzusetzen, waren freilich keine Lenins; sie waren den einheimischen Führern oft nicht nur moralisch, sondern auch intellektuell weit unterlegen, vor allem in ihrer Kenntnis der nationalen Bedingungen. Wenn sie sich trotzdem selbst gegen einen relativ geschlossenen Führungskern, wie die deutsche Partei ihn aus der Spartakuszeit geerbt hatte, so leicht durchsetzten, so ist das nicht nur mit der Skrupellosigkeit ihrer Methoden oder mit der materiellen Abhängigkeit von sowjetischer Hilfe zu erklären. Entscheidend war erstens, daß die alten Führer mit der Annahme der 21 Bedingungen selbst dazu geholfen hatten, ihre bisherigen Anhänger auf Moskau als höchste

Autorität der Weltbewegung zu orientieren und neue Anhänger von vornherein unter der Parole des „sowjetischen Vorbilds“ zu werben, und zweitens, daß mit dem objektiven Zurückfluten der revolutionären Welle dieser Glaube an Moskau bald zum entscheidenden Rechtfertigungsgrund für die Aufrechterhaltung besonderer „revolutionärer“ Parteien neben den sozialdemokratischen Parteien wurde. Gerade die Künstlichkeit der Aufrechterhaltung der Spaltung in einer nichtrevolutionären Situation brachte alle jene, die aus emotiellen Gründen oder aus Ehrgeiz eine besondere kommunistische Partei fortführen wollten, in eine ideelle Abhängigkeit von Moskau, die ihre materielle Abhängigkeit weit überstieg.

IV

Die erste, entscheidende Etappe der Bolschewisierung der KPD hatte schon Ende 1921 zum Ausschluß all der verantwortlichen Funktionäre geführt, die an den Traditionen Rosa Luxemburgs festhielten. Doch das war bei weitem nicht das Ende des Prozesses. Die Führer, die jetzt an die Spitze kamen, waren Männer, die der bolschewistischen Lehre und der Moskauer Führung mit einer gewissen naiven Gläubigkeit vertrauten – auch der Fähigkeit dieser Führung, die eigenen Fehler zu korrigieren. Sie waren aber noch nicht Agenten, die zynisch zu jedem Lakaiendienst bereit waren; das zeigte sich in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahre.

Die nächste große Probe auf das Verhältnis zwischen Rußland und der KPD war die Krise des Jahres 1923, die Ruhrbesetzung, der Höhepunkt der Inflation und die damit sich anscheinend ergebenden Chancen einer revolutionären Entwicklung. Es kam tatsächlich im August 1923, von den Russen selbst unerwartet, zu jenem Massenstreik der deutschen Arbeiterschaft, der zum Rücktritt der Regierung Cuno und damit indirekt zum Ende des passiven Widerstands an der Ruhr führte. Danach erwachte die bolschewistische Parteiführung zum Glauben an das Bestehen unmittelbarer revolutionärer Chancen in Deutschland. Die Unterordnung der Kommunisten unter russische Wünsche war bereits so selbstverständlich geworden, daß in den folgenden Wochen das russische Politbüro wiederholt die Ansetzung eines Termins für den bewaffneten Aufstand in Deutschland diskutierte¹⁴⁾. Man

13) Paul Levi, Unser Weg — Wider den Putschismus, Berlin 1921. Siehe auch Paul Levi, Was ist das Verbrechen: Die Märzaktion oder die Kritik daran?, Berlin 1921.

14) Siehe die dokumentierte Darstellung in E. H. Carr, History of Soviet Russia, The Interregnum 1923/24, London 1954, Kap. 9.

einigte sich schließlich darauf, den deutschen Kommunisten ziemlich genaue Direktiven zu geben: Sie sollten zusammen mit den linken Sozialdemokraten in die sächsische und thüringische Regierung eintreten, um sich Waffen zu beschaffen und auf dieser Grundlage proletarische Hundertschaften formieren, um den Bürgerkrieg vorzubereiten. Sowjetische Militärspezialisten wurden schon zur Vorbereitung des Aufstandes nach Deutschland entsandt.

Aber im entscheidenden Moment brach der Aufstand mit Ausnahme eines lokalen Unglücksfalls in Hamburg nicht aus, weil die deutsche kommunistische Parteiführung unter Heinrich Brandler, der die Erfahrung der März-Aktion hinter sich hatte, im letzten Moment erkannte, daß die Kommunisten wieder isoliert kämpfen würden. Er hatte geglaubt, daß, wenn der Konflikt sich um die Reichswehrexekutive gegen die sächsisch-thüringischen Koalitionsregierungen von Sozialdemokraten und Kommunisten entwickle, es gelingen würde, die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter mit in den Kampf zu ziehen. Als er auf der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz die Sozialdemokraten, und zwar die unteren sozialdemokratischen Funktionäre, nicht aktionsbereit fand, pfiff er den ganzen Aufstand ab mit der Erklärung, „ich mache dieselbe Dummheit nicht zweimal“. Es war die Haltung eines Mannes, der gegenüber Rußland, gegenüber der Komintern absolut loyal war, der aber den Mut zur eigenen Verantwortung in einer solchen Situation hatte. Die Folge war eine kampflose Niederlage der Kommunisten, Erbitterung bei einem großen Teil der Parteimitglieder, der Sturz Brandlers und eine Linkswendung in der Führung, die von Moskau mindestens begrüßt wurde.

Man sieht an diesen Vorgängen, daß in diesem Augenblick Moskau zwar schon eine sehr große Autorität, aber noch nicht eine absolut verlässliche Befehlsgewalt besaß. Das änderte sich wesentlich in den Jahren zwischen 1924 und 1929, den Jahren der Durchsetzung Stalins in der Sowjetunion. In diesen Jahren der Fraktionskämpfe um die Nachfolge Lenins wurde auch die Komintern zum Schauplatz der Austragung dieser Fraktionskämpfe, und zwar auf Grund der demokratischen Fiktion von der Unterordnung aller kommunistischen Parteien, einschließlich der russischen, unter die Kommunistische Internationale. Wenn formell auch die bolschewistische Partei der Exekutive der Komintern untergeordnet war, dann mußte jede Fraktion und jeder Führer, der in

Rußland die Macht erringen wollte, dafür Sorge tragen, daß er in der Exekutive der Internationale eine verlässliche Mehrheit besaß; er mußte also versuchen, die Internationale und die ihr angeschlossenen Parteiführungen von Freunden und Anhängern seiner Rivalen zu säubern. Unter den Rivalen Stalins war Sinowjew der erste Präsident der Internationale gewesen und blieb es bis 1926; Bucharin führte die Komintern in den folgenden zwei Jahren; Trotzki war eine in der gesamten Internationale bekannte und verehrte Figur; Stalin selbst war zunächst draußen fast unbekannt. Stalin konnte sich daher nur durchsetzen, indem er eine systematische Säuberung der kommunistischen Parteiführungen des Kominternapparates, zuerst von den Anhängern Trotzki, dann von den Anhängern Sinowjews und schließlich auch noch von den Anhängern Bucharins vornahm.

Eine Reihe von Jahren lang wurde die Politik aller kommunistischen Parteien, insbesondere auch der deutschen kommunistischen Partei, von diesen Notwendigkeiten des innerrussischen Fraktionskampfes bestimmt. Wenn Stalin gegen Trotzki oder Sinowjew vorging und ihnen „Linksextremismus“ vorwarf, dann mußten auch die ausländischen kommunistischen Parteien eine „Rechtswendung“ zur Einheitsfronttaktik machen. Wenn Stalin gegen Bucharin vorging und ihm „rechten Opportunismus“ vorwarf, dann mußten auch die ausländischen kommunistischen Parteien eine „Linkswendung“ zur Gewerkschaftsspaltung usw. machen. In diesen Jahren wurde die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands vollendet, bis an der Spitze nur noch diejenigen Leute übrig blieben, die bedingungslos bereit waren, jede Wendung Moskaus mitzumachen, weil es eine Wendung Moskaus war.

Lenin hatte kurz vor seinem Tode noch auf dem vierten Weltkongreß 1922 gewisse Bedenken vor den Konsequenzen seiner eigenen 21 Bedingungen bekommen; er hatte davor gewarnt, daß die Organisationsresolution der Komintern „zu russisch“ wäre, nicht in dem Sinn, daß sie etwa nicht gut übersetzt wäre, sie sei ausgezeichnet übersetzt, aber sie sei so sehr auf russische Erfahrungen begründet, daß die Kommunisten der anderen Länder damit nicht viel anfangen könnten¹⁵⁾. Er hatte Sorge, wie er bei anderer Gelegenheit

15) Lenin, Referat auf dem IV. Weltkongreß der KI über „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ Werke. Nach der 4. russ. Ausg., dt. Bd. XXXIII, Berlin 1962, S. 404 ff

äußerte, daß man die Disziplin so weit triebe, daß nur die „gehorsamen Dummköpfe“ übrig blieben. 1929 war dieser Zustand in der KPD wie in anderen kommunistischen Parteien erreicht.

V.

Welche Rolle hat die so „bolschewisierte“ Kommunistische Partei Deutschlands beim Aufstieg Hitlers gespielt? Man findet gelegentlich Behauptungen, als habe Stalin den Sieg Hitlers bewußt gewünscht. Dafür gibt es, soviel ich sehen kann, keinerlei Beweis. Wohl aber ist es richtig, daß er diesen Sieg nicht ernsthaft gefürchtet hat, daß er an die prinzipielle Gleichartigkeit von Nationalfaschismus und „Sozialfaschismus“ – die damalige Bezeichnung der Kommunisten für die Sozialdemokraten – geglaubt hat und daß er der Meinung war, Hitler werde sein in „Mein Kampf“ veröffentlichtes Programm, das ja auch den Angriff auf Rußland enthielt, nicht durchführen wollen und können, weil er keine selbständige Kraft, sondern ein Geschöpf der Reichswehr und des Großkapitals sei und weil diese an einer solchen Politik kein Interesse hätten. Während Stalin die Selbständigkeit Hitlers und seiner Bewegung und die von ihm der Sowjetunion drohende Gefahr derart unterschätzte, sahen er, die Komintern und die KPD unter seiner Leitung bis zuletzt die Sozialdemokratie als die Hauptgefahr für die sowjetischen Interessen und daher als den Hauptfeind in der deutschen Politik.

Der Grund für diese Fehleinschätzung ist in der deutschen kommunistischen Propagandaliteratur jener Zeit kaum jemals klar ausgesprochen worden, wohl aber findet er sich in den Resolutionen der Komintern. So heißt es in der Entschliebung, die das XI. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im April 1931 zur Frage der Kriegsgefahr annahm, die französische Bourgeoisie sei der hauptsächlichste Organisator einer Kriegsfront gegen die Sowjetunion mit Hilfe ihres osteuropäischen Bündnissystems, und sie werde dabei von den Parteien der II. Internationale unterstützt. Die SPD sei die aktivste aller deutschen Parteien in der Organisation der Anti-Sowjet-Front, denn ihre Führer seien die Initiatoren und aktiven Befürworter eines Blocks zwischen Deutschland und dem internationalen Imperialismus.

Eine endgültige Aussöhnung zwischen Deutschland und den Siegermächten von Versailles, insbesondere Frankreich, und damit ein Verschwinden des außenpolitischen Gegensatzes,

den Stalin als die beste Garantie der sowjetischen Sicherheit ansah – das war in der Tat die Hauptgefahr, gegen die Stalin zeit lebens, oder mindestens bis zum zweiten Weltkrieg, seine diplomatischen Anstrengungen konzentrierte. Vom Standpunkt dieser Konzeption aber waren die westlich orientierten deutschen Sozialdemokraten tatsächlich die Hauptgefahr in Deutschland; und von diesem Standpunkt war es verständlich, daß die bolschewisierten deutschen Kommunisten bis zum bitteren Ende der Weimarer Republik keinen ernstesten Versuch unternahmen durften, die Einheitsfront mit der SPD-Führung gegen die Gefahr einer nationalsozialistischen Machtergreifung herzustellen.

Wenn man sich abschließend fragt, was das Ergebnis dieser Bolschewisierung der deutschen Kommunisten für die Sowjets selbst gewesen ist, so ergibt sich ein überraschendes Resultat. Die sowjetischen Führer haben die deutschen Kommunisten ihrer Disziplin, ihren fraktionellen Interessen, aber auf die Dauer natürlich auch, und vor allen Dingen, ihren außenpolitischen Interessen untergeordnet. Insbesondere hat Stalin, der ja an unmittelbare revolutionäre Chancen nicht mehr glaubte und der daher den Fortschritt der Weltrevolution als völlig in der Machtausdehnung der Sowjetunion inbegriffen sah und alle Interessen der ausländischen Kommunisten bewußt der Stärkung der Sowjetunion unterordnete, die Disziplin der Komintern als ein Mittel betrachtet, um die Aktion der Kommunisten im Ausland gemäß den Bedürfnissen der sowjetischen Außenpolitik zu steuern. Doch diese Steuerung hat tatsächlich in einer Reihe von Fällen – man denke an China in den zwanziger Jahren, man denke an die Volksfront in Frankreich und Spanien in den dreißiger Jahren – gewiß aber im deutschen Fall, durch die Aktion der ausländischen kommunistischen Parteien zu historischen Ereignissen beigetragen, die für die Sowjets furchtbare Rückschläge bedeutet haben. Stalin hat gewiß den Aufstieg Hitlers zur Macht nicht gewollt, aber er hat letzten Endes objektiv mit dazu geholfen, ihn möglich zu machen und damit auch Hitlers Krieg möglich zu machen, der die Sowjetunion so viel Blut und Zerstörung gekostet hat.

Es liegt eine merkwürdige Ironie der Geschichte darin, daß die Unterordnung fremder Bewegungen unter die sowjetischen Staatsinteressen wieder und wieder zu Resultaten geführt hat, die diesen Staatsinteressen so

wenig zuträglich waren. Wenn man heute auf die Erfahrung der Nachkriegszeit blickt, in der die Sowjetunion, noch immer unter Stalin, sich diesmal nicht nur eine untergeordnete Bewegung, sondern einen untergeordneten Marionettenstaat auf deutschem Boden geschaffen hat, so mag man die Frage stellen, ob dieser Staat den wirklichen nationalen In-

teressen der Sowjetunion auf die Dauer nützlicher ist als jene Politik der Kommunisten vor 1933 war - oder ob er nicht entscheidend dazu beigetragen hat, gerade jene gemeinsame Front des Hauptteils von Deutschland mit dem Westen herbeizuführen, die Stalin zeitlebens verhindern wollte. Aber das ist eine andere Geschichte.

Stalin und die Machtergreifung Hitlers

Am Nachmittag des 30. Januar 1933 herrschte, wie die englische Zeitschrift *Survey* nach einem Augenzeugenbericht wiedergibt¹⁾, in den Räumen der Prawda-Redaktion in Moskau eine erregte Stimmung. Die einen waren der Ansicht, Hindenburg werde niemals die deutsche Regierung einem Gefreiten anvertrauen, die anderen glaubten trotz alledem mit einer Kanzlerschaft Hitlers rechnen zu müssen. Als einer der Redakteure, W. G. Knorin, der mit dem Chefredakteur L. S. Mechlis befreundet war und als Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und Leiter der Mitteleuropa-Sektion der Komintern über sehr gute Verbindungen zu höchsten Parteistellen verfügte, den Raum betrat, machte er einen ruhigen und gesammelten Eindruck. Es sei kein Grund zur Panik, sagte er offensichtlich auf höhere Weisung, die deutsche Bourgeoisie werde niemals einen Teil ihrer Macht an Hitler abtreten, die Reichswehr werde eine nationalsozialistische Diktatur nicht dulden.

Am nächsten Morgen lagen die Nachrichten über die vollzogene Machtergreifung Hitlers vor. Hatte Stalin mit ihr gerechnet? Hatte er sie begünstigt? Haben seine Weisungen an die KPD mit dazu beigetragen, Hitler in den Sattel zu heben? „Stalin tat ab 1931 alles, um die Kampfkraft der KPD systematisch zu schwächen und auf diese Weise eine kommunistische Revolution zu verhindern“, schreibt Margarete Buber-Neumann in ihren Aufzeichnungen²⁾, und Botschaftsrat Gustav Hilger berichtet in seinen Erinnerungen, Außenkommissar Litwinow habe ihm gegenüber nach dem 30. Januar geäußert: „Was geht es uns an, wenn ihr eure Kommunisten erschießt?“³⁾.

Es ist bekannt, daß von den fünfzig führenden deutschen Kommunisten der Weimarer Republik zweiundzwanzig eines gewaltsamen Todes gestorben sind; von diesen zweiundzwanzig fielen sieben dem Naziterror zum Opfer, elf der „Tschistka“ Stalins⁴⁾. Aus diesen statistischen Angaben ergibt sich freilich noch keine

Interessengemeinschaft zwischen Stalin und Hitler; aber es geht um mehr als um die Frage nach dem Schicksal der deutschen Kommunisten, es geht um das Schicksal Deutschlands im Krisenjahr 1932 und um die Funktion der deutsch-sowjetischen Beziehungen am Vorabend der Machtergreifung Hitlers.

Wenn wir aus der Teilrevision des sowjetischen Geschichtsbildes der Stalinzeit Aufschluß für diese Zusammenhänge erwarten, werden wir enttäuscht. Man weiß, es sind Vorwürfe laut geworden, die Stalins Deutschlandpolitik im Jahr 1941, am Vorabend des deutschen Überfalls, betreffen⁵⁾. Seine Deutschlandpolitik im Jahr 1932 ist bisher nicht kritisiert worden; die Rehabilitierung Hans Kippenbergers, des Leiters des Militärapparates der KPD vor 1933, ist ein zu mageres Symptom, um von einer Revision zu sprechen⁶⁾.

Betrachten wir zunächst die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nach 1918. An ihm läßt sich, genauso wie bei anderen bilateralen Beziehungen mit Moskau, die Zweigleisigkeit der sowjetischen Außenpolitik deutlich erkennen. Hatte 1922 der Vertrag von Rapallo die staatlich-politischen Beziehungen normalisiert, die wirtschaftlichen Beziehungen und den diplomatischen Verkehr anlaufen lassen, so scheute sich Moskau schon ein knappes Jahr darauf nicht, die chaotischen Zustände, die sich aus dem Ruhrkampf von 1923 ergaben, für seine Zwecke zu nutzen: In der ersten Hälfte des Jahres unter führender Beteiligung Karl Radeks im Zeichen eines nationalistischen Widerstandskurses, in der zweiten Hälfte — im Namen Sinowjews und Trotzki's und im Zeichen eines revolutionären Umsturzes, eines „deutschen Oktobers“, der von Sachsen-Thüringen aus seinen Anfang nehmen sollte⁷⁾.

4) Hermann Weber, Die Parteitage der KPD und SED. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 2/63, 9. Januar 1963, S. 19 ff. Vgl. H. Weber, Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln 1963.

5) Etwa in Chruschtschows Geheimrede vom 25. 2. 1956 auf dem XX. Parteikongreß, Ostprobleme 1956/Nr. 25—26, S. 881 ff.; Voprosy Istorii, 1961 Nr. 1, S. 40, oder Krasnaja Svezda 14. 2. 1962.

6) H. Weber, Aus Politik und Zeitgeschichte, a. a. O., S. 19.

7) Vgl. dazu G. v. Rauch, Lenin und die verpaßte Revolution. The Annals of the Ukrainian Academy of Arts and Sciences in U. S. Vol. IX, 1961, Nr. 1—2, S. 26 ff.

1) Interview with an Ex-Insider. Moscow-Berlin 1933, IV. *Survey*. A Journal of Soviet and East European Studies, Nr. 44/45, Oct. 1962: Russia and Germany, S. 153 ff.

2) M. Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.

3) G. Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-russische Beziehungen 1918—1941 Berlin 1955, S. 243.

Es ist bekannt, daß der kommunistische Umsturzplan scheiterte: Nicht nur dank der Entschlossenheit der Reichsregierung und des Reichspräsidenten Ebert, sich der Reichswehr als eines Instruments der demokratischen Ordnung zu bedienen, sondern auch dank der Besonnenheit der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, die sich — wie in der entscheidenden Versammlung in Chemnitz — den Moskauer Parolen versagte.

Nach 1923 liefen die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder in ruhigeren Bahnen; der Berliner Vertrag von 1926 nahm die Linie von Rapallo wieder auf und die Außenpolitik schien zwischen West und Ost ausbalanciert, während die inneren Verhältnisse sich mehr oder weniger normalisierten. Im Schatten des sowjetischen Machtkampfes war dem deutschen Kommunismus ein gewisser Spielraum gegeben, seine wechselnden Rivalitäten linker und rechter Flügel auszufeuchten und sich in Grüppchen und Fraktionen zu zersplittern. Dann zog die Weltwirtschaftskrise auf und ließ die Zahl der deutschen Arbeitslosen auf sechs Millionen hinaufschwellen. Mit ca. zwei weiteren Millionen nichtangemeldeter Erwerbsloser lebte ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung von unzulänglichen Unterstützungen, während viele noch unter den Folgen der Inflation litten. Sah das nicht nach einer Bestätigung der kommunistischen Verelendungstheorie aus? Die Zahlen der Wahlstimmen der KPD, die sich wieder fester organisierte, schnellten von einer Reichstagswahl zur anderen empor: die Abgeordnetensitze kletterten von 54 (1928) auf 77 (1930) hinauf, um 1932 im Juli 89 und im November 100 zu erreichen. Bei den Reichspräsidentenwahlen im März 1932 erhielt Ernst Thälmann fünf Millionen Stimmen, nicht nur die klassenbewußter Proletarier, sondern auch vieler verzweifelter, unorganisierter Erwerbsloser. Aber wenn 1932 tatsächlich der Eindruck einer revolutionären Situation entstand, so brauchten keineswegs die Kommunisten die Nutznießer zu sein. Auch der NSDAP war seit 1930 der Einbruch in die Massen des verarmten Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Bauern gelungen; im Juli 1932 erhöhte sich die Zahl ihrer Reichstagsmandate von 105 auf 230.

Hier setzt die Frage nach der Reaktion Moskaus auf diese Veränderung der deutschen Verhältnisse ein. Unter den verschiedenen Maßnahmen, die man ergreifen konnte, lag die Begünstigung einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung zur Abwendung einer Machtübergreifung Hitlers am nächsten.

Obwohl noch immer mit einer Reihe von verschiedenen Faktoren des Weltkommunismus gerechnet werden konnte, liefen die Entscheidungen zu der Zeit doch letzten Endes schon im Kreml bei Stalin zusammen, der nach der Ausschaltung von Links- und Rechtsopposition Parteiführung, Sowjetregierung und Kommunistische Internationale repräsentierte. Stalin hatte 1923, wie aus seinem Brief zur deutschen Frage an Sinowjew und Bucharin vom Juli/August hervorgeht, vor einer revolutionären Aktion in Deutschland gewarnt⁸⁾. Einige Jahre lang hatte sich die KPD einer gewissen Selbständigkeit erfreuen können, nach den Rechten waren die Linken zum Zuge gelangt. Dann griff, etwa seit 1926, Stalin auch hier zu, um seinen Favoriten Ernst Thälmann nach vorn zu schieben.

Mit der Niederwerfung der sogenannten rechten Opposition in der Sowjetunion im Jahre 1929 steuerte der Kreml einen harten, ultralinken Kurs gegen jede Zusammenarbeit nicht nur mit den verschiedenen kommunistischen Splittergruppen, sondern auch mit den demokratischen Sozialisten, die als „Sozialfaschisten“ geschmäht wurden. Auch in Deutschland, wo noch im Sommer 1923 Koalitionen mit der SPD angestrebt und zum Teil, wie in Sachsen und Thüringen, auch erreicht wurden, wird die SPD nach den blutigen Zusammenstößen in Berlin im Mai 1929 zum Hauptfeind, zur „Partei des Arbeiterverrats und Arbeitermordes“, wie der XII. Parteitag der KPD formulierte⁹⁾. Auf dem 11. Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) im März/April 1931 sagte Dimitrij S. Manuilskij, der schon 1924 und 1928 den Auftrag gehabt hatte, sich in Berlin um die Einordnung der KPD auf die Generallinie Moskaus zu bemühen und nach dem Ausscheiden Bucharins zwar nicht sein Nachfolger als Vorsitzender, aber der maßgebendste Funktionär der Komintern geworden war¹⁰⁾, es sei nicht wahr, wenn die SPD behaupte, der Hauptfeind des Arbeiter­tums sei der Faschismus; damit betrüge sie

8) Erwähnt in J. W. Stalin, Sočinenija, Bd. 10, S. 61 ff. Eine deutsche Übersetzung bei A. Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? 1931, S. 31. Vgl. E. H. Carr, A History of Russia. The Interregnum 1923—1924. London 1954, S. 187.

9) Weber, Dokumente, S. 102 ff.

10) Ruth Fischer schreibt über ihn, er habe „die deutschen Genossen wie eine Bande allzu begeisterter und lästiger Jungen, die sich ständig in Erwachsenenprobleme einmischten“, behandelt. R. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1948, S. 479. Vgl. dazu B. Nikolajewskij, Der Wahn heiligt die Mittel. Ostprobleme, 1957, Nr. 5, S. 148/149.

nur die Massen¹¹⁾. Die SPD sei, heißt es weiter in den Resolutionen des Plenums, die „aktivste deutsche Partei bei der Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion“: eine Kennzeichnung, die daraus resultierte, daß man hinter jeder Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Westmächten eine aggressive Haltung gegen die Sowjetunion erblickte und die SPD in der Tat die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik gegenüber den Siegermächten von Versailles betonte¹²⁾. Im November desselben Jahres definierte Knorin: „Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die SPD, gegen die Sozialdemokratie, führt.“¹³⁾

Auch Ernst Thälmann hatte sich, wie zu erwarten war, auf diese Linie festgelegt. Er stellte in seinen Reden die These vom „Sozialfaschismus als Waffenträger der faschistischen Diktatur“ heraus und wettete aufschärfste gegen die sogenannten „Versöhnler“, die die „faschistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie leugneten“. Die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie sollte sich, so verlangte er 1930, nicht am Verhandlungstisch, sondern in Massenaktionen abspielen¹⁴⁾. Das war die Taktik der „Einheitsfront von unten“. Am 19. Februar 1932 sprach er von einer weitgehenden gegenseitigen Annäherung zwischen der SPD und NSDAP „auf der Linie der Faschisierung“; den Hauptstoß müsse die kommunistische Strategie aber gegen die Sozialdemokratie richten¹⁵⁾. Herbert Wehner berichtet in seinen ungedruckten Erinnerungen, ein von Knorin 1932 eingetroffenes Telegramm vom EKKI-Sekretariat, von dem die Parteioffentlichkeit und die Funktionäre bis auf eine verschwindend kleine Zahl im Politbüro nichts zu wissen bekamen, habe

11) Nach Babette Gross, Die Volksfrontpolitik in den 30er Jahren. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/62, 24. 10. 1962, S. 523 ff.

12) Nach H. Seton-Watson, Von Lenin bis Malenkov Bolschewistische Strategie. München 1955, S. 101 Vgl. *Vocnnaja opasnost' i zadači Kominterny. Stenografičeskij otčet; XI. Plenuma EKKI, Moskva 1931*

13) Nach H. Weber, Aus Politik und Zeitgeschichte, v. 9. 1. 1963, S. 11.

14) E. Thälmann, Reden und Aufsätze zur deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, Berlin 1956, zit. nach Weber, Dokumente, S. 188 ff

15) Ibid. S. 85. Vgl. auch Thälmanns Ausführungen im Inprekorr vom 14. 6. 1932 It. Weber, Dokumente, S. 194

die Verschärfung des Kampfes gegenüber der Sozialdemokratie ausdrücklich verlangt¹⁶⁾.

Gelegentlich der erwähnten Plenarsitzung des EKKI war Heinz Neumann von Stalin empfangen worden. Neumann hatte in den letzten Jahren eine wachsende Rolle in der KPD zu spielen begonnen und gehört mit Thälmann und Remmele zu der Troika, in deren Hand die Führung der Partei lag. Stalin wußte beide, sowohl den ihm ergebenden unkomplizierten Thälmann als auch den auf seine persönliche Karriere bedachten, unruhigen Neumann für seine Zwecke zu verwenden, häufig, indem er sie gegeneinander ausspielte. Neumanns Vorzug war seine gute Beherrschung des Russischen. Im Verhalten gegenüber der wachsenden Macht des Nationalsozialismus ließ er sich von der bis dahin in der KPD mehr oder weniger unangefochtenen Kampfformel „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ leiten. Jetzt wurde Neumann von Stalin zur Rede gestellt wegen seiner „links-sektierischen Massenspolitik“, nicht zum mindesten wegen des von ihm kurz zuvor befürworteten Zusammengehens mit der SPD in Thüringen, wo gemeinsam ein Mißtrauensvotum gegen den nationalsozialistischen Innenminister Frick eingebracht worden war. Ende des Jahres hatte Stalin wieder ein Gespräch mit Neumann. Neumann versuchte, seine Politik mit der zunehmenden Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu rechtfertigen. Hier unterbrach ihn Stalin mit den Worten: „Glauben Sie nicht auch, daß, falls in Deutschlands die Nationalsozialisten zur Macht kommen, sie so ausschließlich mit dem Westen beschäftigt sein würden, daß wir in Ruhe den Sozialismus aufbauen können?“¹⁷⁾

Wenn diese Worte authentisch wiedergegeben sind — Margarete Buber-Neumann will sie von ihrem Mann gleich nach seiner Rückkehr aus Moskau so gehört haben —, werfen sie ein deutliches Licht auf Stalins Betrachtung der Weltlage, die in gewisser Weise die Situation von 1939 bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorwegnahm. Hitlers Machtergreifung erschien für Moskau als die beste Garantie gegen eine gemeinsame Aktion des Westens und Deutschlands gegen die Sowjetunion, das Schreckgespenst, das sich beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund drohend erhob

16) Nach dem dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Manuskript: Herbert Wehner, Notizen, 1946 S. 17. W. Knorins kleine Schrift (zusammen mit O. Pjatnizki), Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Moskau - Leningrad 1934, ist unergiebig.

17) M. Buber-Neumann, a. a. O., S. 283 ff.

hatte und durch einen besonderen Sanktionsparagrafen geahnt werden mußte.

Daß das Zentralkomitee der KPD Ende 1931 Anweisungen vom EKKI aus Moskau erhielt, von seiner „terroristischen Linie“ abzugehen, geht auch aus dokumentarischen Unterlagen des Berliner Polizeipräsidiums hervor. Als Grund wird hier die Verschärfung der außenpolitischen Lage in Fernost angegeben¹⁸⁾. Im Januar 1932 erstattete das Zentralkomitee der KPD, vertreten durch Thälmann, Remmele und Pieck, dem Präsidium des EKKI in Moskau Bericht über die Lage in Deutschland. Hierbei gab sich Manuilskij ausgesprochen optimistisch: Der Nationalsozialismus sei eine Art Vorspann für die proletarische Diktatur, da er die SPD und die Gewerkschaften zertümmern werde; die Masse der Arbeiter werde sich dann der Führung der KPD anvertrauen. Remmele stimmte ihm zu: Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß die Macht in die Hände des „offenen“ Faschismus übergehe, womit die NSDAP im Gegensatz zu dem ebenfalls mit dem Ausdruck faschistisch gekennzeichneten Regierungssystem der Gegenwart gemeint war. Es sei daher, fügte er hinzu, notwendig, im Augenblick „Gewehr bei Fuß“ zu stehen¹⁹⁾.

Seit dem letzten Gespräch mit Stalin sank Neumanns Stern; er wurde im Frühjahr 1932 seiner Funktion enthoben und im Oktober des Jahres auf der III. Parteikonferenz der KPD aus der Parteiführung wegen der „zersetzenden Tätigkeit“ seiner Gruppe entfernt. Ihm wurde vorgeworfen, den Faschismus unterschätzt und bei Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD-Führung die zentrale Bedeutung der „Einheitsfronttaktik von unten“ übersehen zu haben²⁰⁾.

Wenn Neumann vorgeworfen wurde, den Nationalsozialismus unterschätzt zu haben, so kann für den rückblickenden Betrachter dieser

18) Grzesinski-Archiv, Dokumente 1389 und 1390, Polizeiberichte vom 23. und 28. 11. 1931 (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam). Den Hinweis verdanke ich, ebenso wie die Beschaffung der in Anm. 11, 35 und 36 genannten Unterlagen, Herrn Peer Lange.

19) O. K. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1948, S. 166. Daß Thälmann sich bei diesem Gespräch „resigniert“ gezeigt habe (Flechtheim S. 166), steht im Gegensatz zu seinen Reden und seinem Verhalten bis zum 30. Januar 1933, das weniger Resignation als Unfähigkeit, die Gefahren der nahenden Machtergreifung Hitlers zu erkennen, zeigt.

20) Resolution der Parteikonferenz über das 12. Plenum des EKKI, abgedr. bei Flechtheim, S. 285 ff.

Vorwurf Thälmann ebensogut treffen: auch er hatte am 19. Februar 1932 vor einer „Überschätzung des Hitlerfaschismus“ gewarnt²¹⁾. Der Nationalsozialismus ist unterschätzt worden, nicht nur von Neumann auf dem einen und von Thälmann auf dem anderen Flügel, sondern auch in Moskau. Von Wilhelm Pieck war freilich kein Eingeständnis dieses Fehlers zu erwarten — ebensowenig wie eine objektive Kennzeichnung der verschiedenen Meinungen innerhalb der KPD —, wenn er 1953 rückblickend feststellte: „Die deutschen Kommunisten wären im Jahr 1932 weit lieber gegen die Nationalsozialisten als gegen die SPD aufgetreten“, aber der Geist der KPD-Führung sei zu der Zeit sektiererisch gewesen²²⁾. Was heißt hier sektiererisch? Die scharfen Kampfparolen gegen die SPD kamen aus Moskau; hier war der Kurs gegen die „Sozialfaschisten“ schon seit Jahren festgelegt. Wenn die deutschen Kommunisten lieber gegen die Nationalsozialisten als gegen die Sozialdemokraten aufgetreten wären, so hätten sie sich gegen Moskau auflehnen müssen. Aber wollten sie denn das überhaupt?

So verpönt die Taktik einer „Einheitsfront von oben“ war, so ist es ungeachtet der von Thälmann ausgegebenen Richtlinien doch mehrfach zu einer Fühlungnahme zwischen den Parteiführungen gekommen. Im November 1931 haben Gespräche zwischen KPD-Führern und dem Sozialdemokraten R. Breitscheid stattgefunden. Am 9. Juli 1932 gelang es, 20 sozialdemokratische Funktionäre zu einer Aussprache mit Vertretern des kommunistischen Zentralkomitees zu versammeln und eine Diskussion über die Frage: „Wie schaffen wir die rote Einheitsfront?“ abzuhalten²³⁾. Zur selben Zeit ist es auf Vorschlag der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zu gemeinsamen Demonstrationen mit Sozialdemokraten gekommen. Schließlich konnte auch auf Unterredungen des Reichsbannerführers Höltermann mit Willy Münzenberg wegen gemeinsamer Schutzmaßnahmen hingewiesen werden²⁴⁾.

Im Anschluß an den Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen gegen die preußische Regierung am 20. Juli 1932 trat die KPD an die SPD-Führung mit der Aufforderung heran, gemeinsam den Generalstreik zu proklamieren.

21) Weber, Dokumente, S. 157.

22) Lt. S. T. Possony, Jahrhundert des Aufruhrs. Die kommunistische Technik der Weltrevolution. München 1956, S. 224.

23) Flechtheim, a a O., S. 179.

24) B. Gross, a a O., S. 524

Diese lehnte freilich im Einklang mit den Gewerkschaften den Vorschlag ab. Man tat es im Vertrauen auf die Reichstagswahlen vom 31. Juli, die allerdings keineswegs den gewünschten Erfolg, sondern eine Verdoppelung der Stimmzahl der NSDAP brachte. Der allein von der KPD ausgehende Appell zum Generalstreik stieß unter diesen Umständen auf schwachen Widerhall. Die mangelnde Bereitschaft der sozialdemokratischen Führung, auf den Appell zum Generalstreik einzugehen, hatte allerdings noch andere Gründe. Wenn es hier und dort zu einer Fühlungnahme „von oben“ kam, so lief parallel dazu die kommunistische Agitation in den Massen mit ihrer ausgeprägten Spitze gegen die SPD-Führung auf vollen Touren; sie ging darauf aus, die Arbeiterschaft gegen die SPD-Führung aufzuwiegen.

Unter diesen Umständen mußte ein Zusammengehen mit der KPD höchst fragwürdig erscheinen. Und man war überzeugt, daß die Preisgabe der Verbindung zu den demokratischen Mittelstandsparteien der Weimarer Koalition Hitler den Vormarsch zur Macht nur erleichtern würde²⁵⁾. Wenn eine in Moskau 1935 herausgegebene Materialiensammlung lapidarisch formuliert: „Die Sozialdemokratie tat auch weiterhin alles, um die Bildung der Einheitsfront zu verhindern“²⁶⁾, und eine neuere geschichtliche Darstellung davon spricht, die KPD sei 1932 energisch für eine Einheitsfront eingetreten und habe versucht, eine antifaschistische Massenbewegung aufzuziehen²⁷⁾, so wird hier wie dort durch den Verzicht auf eine notwendige Differenzierung des Begriffs Einheitsfront die Wahrheit vernebelt und im besten Falle nur eine Teilwahrheit geboten. Bei einer derartigen Sicht der Dinge darf dann auch die Formulierung nicht verwundern, der Widerstand der SPD und des ADGB gegen eine Einheitsfront — auch hier ohne jede nähere Kennzeichnung! — sei die Ursache für die Machtergreifung des Nationalsozialismus gewesen²⁸⁾! Innerhalb der SPD-Führung wird man gewußt haben, woher die maßgebenden Direktiven kamen. So ist es zu verstehen, wenn Friedrich Stampfer vom „Vorwärts“ sich im Herbst des Jahres an den sowjetischen Bot-

schafter in Berlin, L. M. Chintschuk, wandte, um mit ihm die Situation zu klären. Aber auch diese Gespräche blieben ohne Ergebnis und wurden im Januar 1933 abgebrochen²⁹⁾.

Die Kehrseite dieses Verhaltens war die Fehleinschätzung der NSDAP. In den zwanziger Jahren hatte man Hitlers Bewegung in Moskau nicht ernst genommen. Stärkere Beachtung findet sie erst seit den Reichstagswahlen 1930. Auf der schon erwähnten Plenarsitzung des EKKI im März/April 1931 wurde die NSDAP als eine „kleinbürgerliche Bewegung im Dienste der deutschen Bourgeoisie“ bezeichnet³⁰⁾. Aber schon jetzt sah Stalin das Militär als die eigentlich entscheidende Kraft in Deutschland an; er hat auch im Hinblick auf die Machtergreifung Hitlers gemeint, die Wehrmacht werde den maßgebenden Faktor darstellen. Von der Wehrmacht versprach er sich das Fortwirken der traditionellen Rußlandfreundschaft auf der Linie der von Seeckt eingeleiteten Zusammenarbeit³¹⁾.

Eine eigentümliche Beachtung scheint Stalin im Rahmen dieser Konzeption General Schleicher geschenkt zu haben. Der Berliner Botschafter Chintschuk lenkte Stalins Aufmerksamkeit auf ihn: er und die Reichswehr hätten den Schlüssel zur Macht in der Hand. Ein so kenntnisreicher Beobachter der Hintergründe der bolschewistischen Politik wie Boris Nikolajewskij verzeichnet sogar das Gerücht, Stalin habe Kontakte zu Schleicher aufgenommen und ihm geraten, mit Hitler zusammenzuarbeiten: Hitler sei ein talentierter Agitator und könne nützlich sein³²⁾. Auf derselben Linie würde Stalins Kennzeichnung Hitlers als „eines Mordskerls“ liegen, die 1932 im Beisein von Heinz Neumann gefallen sein soll³³⁾.

Wenn Hitler demnach einerseits als Exponent deutscher militärischer Kreise begriffen wurde, so billigte man der NSDAP auf der anderen Seite auch nicht mehr als einen Funktionswert zu, wenn man in ihr nach den Worten von Manuilskij bloß einen „Vorspann der Diktatur des Proletariats“ erblickte, der dem Kommunismus den Dienst erweisen würde, die SPD und die Gewerkschaften zu zertrümmern. Hier zeigten sich deutlich die Grenzen des doktri-

25) Survey, S. 156—157.

26) Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau-Leningrad 1935, S. 126.

27) Istorija Velikoj Otečestvennoj Vojny Sovetskogo Sojuza 1941—1945 Moskau 1960, S. 16.

28) V. S. Kisljakow, Bor'ba kompartii Germanii za sozdanie edinogo antifašistskogo fronta. Voprosy Istorii 1959, Heft 12, S. 78 ff.

29) M. Beloff, The foreign policy of Soviet Russia 1929—1941, Vol. I, London 1952, S. 66, Anm. 3. L. M. Chintschuk war 1930—1934 Botschafter in Berlin.

30) Bela Kun, Kommunističeskij Internacional v dokumentach Moskau 1931, S. 958—959.

31) W. G. Kriwitsky, Ich war Stalins Agent, Amsterdam 1940, S. 21 ff.

32) Nach Ostprobleme 1957, Nr. 5, S. 149.

33) Buber-Neumann, a. a. O., S. 317.

nären Schematismus der kommunistischen Mentalität; im Rahmen des herkömmlichen dualistisch-manichäischen Freund-Feind-Schemas war die Erkenntnisschärfe für das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Phänomene getrübt. Wenn in den dreißiger Jahren im kommunistischen Lager jemand die wirkliche Gefahr des Nationalsozialismus erkannte, dann war es nicht Stalin, sondern Trotzki, der große Abtrünnige. Er forderte, wie die Biographie von Isaak Deutscher nachweist, von 1930 an unablässig die Einheitsfront zwischen SPD und KPD und schlug Alarm in zahlreichen Artikeln der Presse³⁴⁾.

In diesem Zusammenhang sei auf einen zeitgenössischen Bericht hingewiesen, der mit der Tagespresse gegenüber notwendigen Vorsicht benutzt werden muß. Auch wenn er im einzelnen an Präzision zu wünschen übrig läßt, entstammt er doch einem Organ, das sowohl um gute Informationsquellen bemüht war, als auch durch die Person seines Herausgebers frei vom Verdacht bloßer Sensationsmacherei sein dürfte. Es handelt sich um die in München von Dr. Fritz Gerlich herausgegebene Wochenzeitung „Der gerade Weg“. Gerlich lehnte nicht nur den Kommunismus ab, sondern war zugleich auch einer der unerschrockensten publizistischen Gegner Hitlers; am 24. Juli 1932 forderte er die Absetzung Hindenburgs durch Volksentscheid, weil der Reichspräsident ihm keine Garantie für die Erhaltung der Demokratie mehr darzustellen schien, worauf sein Blatt zeitweise verboten wurde. Im Juli 1934 ist Gerlich im Zusammenhang mit der Aktion gegen Röhm und Schleicher ermordet worden.

Gerlich veröffentlichte am 24. Januar 1932 einen Bericht aus Moskau von einer Plenarsitzung des EKKI, die er irrtümlicherweise auf den Dezember 1931 datiert. In der Ausein-

34) I. Deutscher, Trotzki, Bd. 1—3, Stuttgart 1962/1963. Vgl. Siegfried Bahne, Der Trotzismus in Deutschland 1931—1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern. Heidelberg 1958, Diss. Maschschr., besonders S. 92 ff. und 113 ff., und neuerdings Heinz Brahm, Trotzkijs Aufrufe gegen Hitler 1930—1933, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 1963, Heft 4. Wenig beachtet wurde bisher eine kleine Splittergruppe des deutschen Kommunismus, die in gewissem Sinne die Linie von Rosa Luxemburg weiterführte und 1932 die Politik der Komintern scharf kritisierte. Es waren die sogenannten „Roten Kämpfer“, die damals deutlich erkannten, daß die Hoffnungen vieler deutscher Kommunisten, „Rußland werde den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen, wenn sie vom Faschismus überannt würden“, illusionär waren. Hierüber die Dokumentation: Die Roten Kämpfer, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1959, Heft 4, S. 450.

andersetzung mit Thälmann habe Manuilskij die Meinung vertreten, der Hauptfeind der KPD sei nicht Hitler, aber auch nicht die SPD als solche, sondern die Front Brüning-Severing-Hindenburg. „Hitler lassen wir seinen Weg gehen und nutzen alles aus, was uns sein Sieg über den bürgerlichen Staatsapparat geben wird. Hitler wird den sozialdemokratischen Polizeiapparat zertrümmern.“ Er spiele die Rolle des General Kornilows im Rußland des Jahres 1917³⁵⁾. „In dem gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler der unzweifelhafteste, wenn auch unbewußte Bundesgenosse der kommunistischen Weltrevolutionsbestrebungen.“³⁶⁾

In Gerlichs Bericht mögen sich sowohl Informationen über das 11. Plenum vom Frühjahr 1931 als auch neueste Meldungen über den schon stattgefundenen Besuch des Zentralkomitees der KPD in Moskau, von dem oben die Rede war, widerspiegeln. Das Thema der Bundesgenossenschaft mit dem Faschismus hat übrigens Manuilskij tatsächlich etwas später, auf dem 12. Plenum im September 1932, angesprochen — allerdings in einem anderen Sinne. Er stellte die „Bundesgenossenschaft“ als Konsequenz opportunistischer Ansichten in der KPD dar, daß die Massenstreikbewegung keinen Sinn habe. Dann bliebe nichts anderes übrig, als sich auf den Krieg und auf den Faschismus als Bundesgenossen (kak sojuznikov) zu orientieren! Derartige schädliche Ansichten, sagte er, müßten überwunden werden³⁷⁾. In praxi führte aber die Schärfe, mit der auch Manuilskij die SPD in dieser Rede attackierte, zu einem Zustand, den Ruth Fischer meint, wenn sie am Ende ihres Rückblicks auf die Jahre vor 1933 schreibt: „Das Anti-Nazi-Lager war . . . mitten durchgespalten, gespalten durch die von Stalin geschmiedete Axt, die Axt, die die Bezeichnung Sozialfaschismus trug, wodurch die kommunistische Hälfte des Anti-Nazi-Lagers zu einem getarnten Bundesgenossen Hitlers wurde.“³⁸⁾

Im übrigen liefert auch die kommunistische Presse des Jahres 1932 eine Fülle von Belegen

35) Ein seit Lenin häufig herangezogener Vergleich; Trotzki hat ihn in seiner Polemik benutzt; auch Remmele in einer Rede in Treptow am 16. 6. 1932.

36) Der gerade Weg. Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht. München, 24. 1. 1932, Nr. 4, S. 1—2. Vgl. über F. Gerlich: Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters J. Naab, gesammelt von J. Steiner. München 1946.

37) XII. Plenum EKKI. Stenografičeskij otčet. Moskau 1933 t. 1, S. 165.

38) Fischer, a. a. O. S. 795—796.

für die Schärfe der Kampfstellung des „linken Kurses“ gegen die Sozialdemokratie, aber auch für die agitatorische Verwischung der Unterschiede und Gegensätze zwischen ihr, den deutschnationalen Kreisen und der NSDAP. So heißt es z. B. in der Internationalen Pressekorrespondenz (Inprekorr), dem offiziellen Organ der Komintern, am 28. Januar 1932: Der Hauptangriff der revolutionären Politik müsse gegen die wichtigste soziale Festung der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gerichtet werden; die Mehrheit des Proletariats könne nur nach Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei für den Kommunismus gewonnen werden. Zwischen Karl Severing, Hindenburg und Hitler könne kein Unterschied gesehen werden. Und im April führte W. G. Knorin in der Inprekorr aus, die Sozialdemokratie halte die Arbeiter vom Kampf gegen die Bourgeoisie zurück. Sie helfe der Bourgeoisie und sei deshalb der Hauptgegner der arbeitenden Klasse. „Bevor sie nicht endgültig zerschlagen ist, kann die Bourgeoisie nicht gestürzt werden.“³⁹⁾ Hinterher war es für Manuilskij nicht schwer, zu behaupten⁴⁰⁾, die SPD hätte schon 1928, als sie noch ein maßgebendes Gewicht in der Reichsregierung hatte, die Führer der NSDAP verhaften lassen sollen; auch in der preußischen Regierung, die sie bis zum 20. Juli in der Hand hatte, sei sie nicht energisch genug gegen die Faschisten vorgegangen. Die KPD dagegen habe 1932 nichts tun können, da eine echte revolutionäre Situation nicht bestand!

Hand in Hand mit der Agitation gegen die Sozialdemokratie gingen Versuche, die kommunistische Leserschaft über die NSDAP aufzuklären. Hierbei rächte sich freilich die schon seit jeher übliche Terminologie, unter Vermeidung des Ausdrucks „Nationalsozialismus“ immer nur allgemein vom „Faschismus“ zu sprechen und diesen zudem nicht genügend zu differenzieren. Auf diese Weise mußte jede Aufklärung letzten Endes zu einer Vernebelung gegenüber den tatsächlichen Realitäten des politischen und Parteilebens führen. Wie schon die Verwendung der Vokabel „Sozialfaschismus“ dazu beitrug, die Grenzen des Begriffs „Faschismus“ zu verwischen, so hat die Kennzeichnung der Präsidialdemokratie der Ära Brünings und Papens als „faschistische Diktatur“ ebenfalls dazu beigetragen, die

39) Inprekorr vom 28. 1. 1932, 3. 3. 1932, 14. 1. 1932, 24. 3. 1932, 21. 4. 1932, lt. S. T. Possony, S. 229—231.

40) Auf dem XVII. Parteikongreß in Moskau, Januar 1934. Das Gesamtprotokoll des Kongresses ist noch nicht veröffentlicht. Stalins Rede s. Sočinenija, Bd. 13, S. 282—379. Vgl. dazu B. Nikolajewskij in Ostprobleme, 1957, Nr. 5, S. 149 ff.

Wachsamkeit gegenüber einer Machtergreifung Hitlers zu schwächen.

„Die Herrschaft der Regierung Papen — Schleicher in Deutschland, die mit Hilfe der Reichswehr, des Stahlhelms und der Nationalsozialisten errichtet wurde, für die die Sozialdemokratie und das Zentrum den Weg gebahnt haben, stellt eine Form der faschistischen Diktatur dar“: So hieß es in der Resolution der III. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932⁴¹⁾. Und genauso formulierte die Prawda am 11. Oktober in ihrem Leitartikel: „Die heutige Regierung in Deutschland stellt eine der Formen der faschistischen Diktatur dar. Trotz alledem hat die Begründung der faschistischen Diktatur keine Verstärkung, sondern eine Schwächung der deutschen Bourgeoisie zur Folge.“⁴²⁾ Und am 31. Oktober hieß es hier: Die Sozialdemokraten legten den Weg für eine weitere Faschisierung Deutschlands... frei, indem sie die Tatsache einer faschistischen Diktatur in Gestalt der Regierung Papens leugnen... Der Nationalsozialismus sei zwar die stärkste Massenbewegung des Faschismus, doch nur ein Teil der faschistischen Front. „Die faschistische Diktatur ist nicht nur die Machtergreifung Hitlers, wie das die Sozialdemokraten behaupten.“⁴³⁾ Es ist ersichtlich, daß bei einer derartigen Betrachtung die jenseits des bestehenden Regimes lauende Gefahr des Nationalsozialismus gar nicht in ihrem vollen Gewicht erkannt werden konnte.

Es steht in keinem grundsätzlichen Widerspruch zu diesen Parolen, wenn die deutsche kommunistische Presse, insbesondere die „Rote Fahne“, noch zu Beginn des Jahres 1932 sich eines überaus forschen und optimistischen Tones befleißigte und immer wieder politische Massenstreiks und außerparlamentarische Massenaktionen verlangte, oder wenn der Moskauer „Bolschewik“ noch am 31. Juli 1932 feststellte, die KPD befinde sich am Vorabend der Eroberung der Macht⁴⁴⁾. Man kann hierin ein typisches Beispiel für das kommunistische „Zwiedenken“ erkennen. Bei aller Ermunterung, die der KPD noch bis in den Herbst 1932 hinein, ja sogar noch über den Januar 1933 hinaus, zuteil wurde, wird die Öffentlichkeit gleichzeitig schon auf die Möglichkeit eines vollen Durchbruchs des „Faschismus“ hingewiesen, ohne daß aus dieser Berichterstattung deutlich werden konnte, welche grundlegend

41) Weber, Dokumente, S. 160.

42) Prawda, 11. 10. 1932, S. 1.

43) Prawda, 31. 10. 1932, S. 1.

44) Bolschewik, 31. 7. 1932.

neuen und andersartigen Kräfte mit Hitler zur Macht gelangten⁴⁵⁾.

Wenn auf der einen Seite eine proletarische Einheitsfront gegen Hitler durch eine derartige Auslegung der Situation unmöglich gemacht wurde, so schimmert auf der anderen Seite immer wieder in unmißverständlicher Weise eine gewisse makabre Affinität zwischen Rechts- und Linksradikalismus durch. Zu Berührungen beider Extreme ist es in der Weimarer Zeit zweimal gekommen: zunächst während des Ruhrkampfes Anfang 1923 im sogenannten Schlageter-Kurs Radeks und danach zu Beginn der dreißiger Jahre, eingeleitet durch gemeinsame Obstruktionen im Reichstag anlässlich des Kampfes um den Young-Plan, als sich extreme Linke und extreme Rechte einig waren in der Ablehnung der Erfüllungspolitik und jeder Annäherung Deutschlands an die Westmächte. Der ganze zwielichtige Komplex der „linken Leute von rechts“ gehört hinzu; wenn Ernst Niekisch und der „Widerstandskreis“, der Lenin verherrlichte und mit Cäsar verglich, eine deutsch-russische Schicksalsgemeinschaft gegen die „brüchige abendländische Welt“ propagierte, wenn der „Tatkreis“ in seltsamer Weise mit deutsch-bolschewistischen Gemeinsamkeiten kokettierte und wenn der „Völkische Beobachter“ 1928 lobende Worte für Stalin fand und ihn einen „mutigen Diktator“ nannte — so entspricht dem ein Angebot der kommunistischen „Welt am Abend“ an Goebbels und Otto Strasser, in einer Sondernummer einen Beitrag zu veröffentlichen⁴⁶⁾.

Im Juli 1931 sagte die KPD ihren Wählern an, für das Plebiszit der NSDAP und der

45) Inmitten der undifferenzierten Verwendung des Schlagworts „faschistisch“ fällt eine Schlagzeile: „Die Hitlerleute streben nach einer maßgebenden Rolle in der Regierung“ in der *Iswestija* vom 6. 8. 1932 auf; sie könnte von Radek formuliert sein, dessen Beiträge in der Zeitung bisweilen den Versuch andeuten, die Position Hitlers als eines „Führers der kleinbürgerlichen Massen“, der nur eine sehr unzuverlässige Stütze der Bourgeoisie darstelle, zu begreifen.

46) Vgl. J. Schüddekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*. Stuttgart 1960. Sogar nach dem 30. Januar 1933 ist diese Linie, vielleicht auf Veranlassung Radeks, keinesfalls sogleich verlassen worden: am 14. Januar 1934 veröffentlichte die Moskauer *Iswestija* einen längeren Auszug aus einem Aufsatz von Graf Ernst Reventlow im „Reichswart“ über die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Es war ungewöhnlich, wenn einer deutschen Pressestimme in einem der führenden sowjetischen Parteiorgane eine derartige Beachtung geschenkt wurde.

Deutschnationalen vom kommenden August gegen die preußische Regierung zu stimmen⁴⁷⁾. Bedenken des Zentralkomitees gegen diese Frontenbildung wurden von Heinz Neumann, zweifellos im Einvernehmen mit dem EKKI, mit dem vielsagenden Hinweis zerstreut, Hitler könne sehr wohl als „Eisbrecher der Revolution“ fungieren⁴⁸⁾. Bei diesem Volksentscheid konnten immerhin zweieinhalb bis drei Millionen kommunistische Stimmen gezählt werden⁴⁹⁾.

Und so fehlt es auch 1932 nicht an derartigen gemeinsamen Aktionen. Über Heinz Neumanns Unterredung mit Stalin hat seine Frau in ihren Erinnerungen berichtet; was sie verschweigt, ist, daß Neumanns Taktik gegenüber dem Nationalsozialismus sich keineswegs mit der simplen, oben zitierten aggressiven Parole erschöpfte. Neumann glaubte, wie O. K. Flechtheim sich ausdrückt, den Nationalsozialismus nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit Zuckerbrot bändigen zu können, das heißt, er versuchte schon vor 1930, durch Verwendung einer nationalistischen Phraseologie in die Reihen der NSDAP einzubrechen bzw. sie zu manipulieren⁵⁰⁾. Es fragt sich, ob das nach 1930 noch möglich war; hieraus ergibt sich eine gewisse Berechtigung für den offiziellen Vorwurf der KPD gegen ihn, er habe die NSDAP — auf seine Weise — unterschätzt. Aber auch die offizielle KPD-Führung, der Neumann ab Oktober 1932 nicht mehr angehörte, hat zu Ausgang des Jahres Interesse an einer gemeinsamen Aktion mit der NSDAP gezeigt. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932 kam durch Zusammenarbeit zwischen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) zustande, und zwar gegen den Wunsch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung des ADGB. Man kann in dieser Aktion das Resultat der auf dem 12. Plenum des EKKI im September 1932 beschlossenen endgültigen Absage an die „terroristische Parole“ von einst erkennen. Was man bezweckte, war ein Einbruch in die von der NSDAP beherrschten Massen, um die „antikapitalistischen Elemente“ anzusprechen. Es war eine

47) Vgl. Weber, *Dokumente*, S. 152 ff. (Thälmanns Rede vom 24. 7. 1931 zum „roten Volksentscheid“).

48) Nach B. Nikolajewskij, *Ostprobleme*, 1957, Nr. 5, S. 149. Vgl. auch B. Gross a. a. O., S. 524, die von einer direkten Anordnung Stalins spricht.

49) B. Gross, a. a. O., S. 524. Vgl. auch H. Prinz Löwenstein, *The Tragedy of a Nation*. London 1934.

50) Flechtheim, a. a. O., S. 173.

Einheitsfront von unten angestrebt worden, die von der Arbeiterschaft freilich als unnatürlich empfunden wurde. Ein Erfolg wurde nicht erzielt. Nach fünf Tagen bereits mußte der Streik abgebrochen werden⁵¹⁾.

Im Grunde hatte der Staatsstreich Papens gegen die preußische Regierung am 20. Juli bereits die Wende dargestellt, von der an die KPD auf verlorenem Posten stand. Die damals ausgegebenen Generalstreikparolen hatten, wie dargelegt wurde, ebensowenig Resonanz in der Bevölkerung gefunden wie die von Hans Kippenberger als Leiter des militärischen Apparats in Form von Waffenbeschaffung, Zersetzungsagitation in Polizei und Reichswehr und Organisation von Kampfgruppen forcierten Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand. Das 12. Plenum des EKKI bestätigte im September 1932 die bisherige Linie des Kampfes gegen die Sozialdemokratie⁵²⁾. Daß die NSDAP in den Novemberwahlen einen leichten Rückschlag erlebte, wurde als Niederlage und entscheidende Wende gedeutet. Man glaubte darin eine Bestätigung früherer Beobachtungen zu erhalten, wie sie Radek am 2. August in der *Iswestija* und Manuilskij in einem Referat vor der Moskauer Parteiorganisation über das 12. Plenum des EKKI in den ersten Novembertagen bekanntgegeben hatten: der Nationalsozialismus befinde sich bereits im Stadium der Zerstörung⁵³⁾.

So ließ man in Moskau, während Deutschland die kurze Phase der Regierung Schleicher durchmachte, den Dingen ihren Lauf. Am Ende der weiteren Entwicklung stand der 30. Januar 1933. Es war ein schwacher Trost, wenn Radek am 15. Februar 1933 schrieb: „Eine Partei, die 6 Millionen Stimmen hat und aufs tiefste mit der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse verbunden ist, kann nicht einfach vom Bilanzbogen der Geschichte abgesetzt werden!“⁵⁴⁾ Nun, Radeks Stern war schon längst im Sinken; die Bilanzen wurden von Stalin geführt, und in seinem Kontobuch stellte die KPD einen wesentlich

belangloseren Posten dar. Schon 1939 ist Franz Borkenau zu der Überzeugung gekommen, daß Stalin zwar Hitlers Triumph in Deutschland nicht herbeigesehnt habe, aber er habe ebenso auch nichts getan, um ihn zu verhindern⁵⁵⁾. George F. Kennan fügt, indem er diese Ansicht übernimmt, hinzu: „Niemand kann, glaube ich, Stalins Verantwortung für das Versagen der Weimarer Republik in ihrer dunkelsten Stunde ableugnen.“⁵⁶⁾

Welche Motive veranlaßten Stalin, den Dingen in Deutschland ihren Lauf zu lassen und keinen Versuch zu machen, eine Machtergreifung Hitlers zu verhindern? Wir werden zwei Motivgruppen unterscheiden müssen: eine innerpolitische und eine außenpolitische.

Die Sowjetunion befand sich 1932 in einer schweren Krise. Stalin hatte im Zuge seines Machtkampfes zwischen 1924 und 1928 die Links- und anschließend die Rechtsopposition überrundet und auf diese Weise seine Position zu Beginn der dreißiger Jahre gefestigt. Dann stürzte er allerdings das Land durch die forcierte Zwangskollektivierung, durch die Vernichtung der Kulaken in eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise, die zur zweiten großen Hungersnot der sowjetischen Ära führte und in ihren Konsequenzen zu einer politischen Vertrauenskrise ausartete. Diese spielte selbst in die höchsten Parteigremien hinein. Ende September 1932 wurde eine Denkschrift aus Parteikreisen, die Stalins Absetzung verlangte, im Plenum des Zentralkomitees verhandelt; in der Roten Armee war die Stimmung schlecht. Im November 1932 erfaßte die Unruhe bereits Stalins engeren Familienkreis und führte zum Selbstmord seiner Frau Nadeschda⁵⁷⁾.

Auf diesem Hintergrunde mußten sich die Erwartungen auf einen Sieg des Kommunismus in Deutschland, auf ein „Sowjetdeutschland“, für das sich vorzubereiten die „Kommunistische Internationale“ am 15. Dezember 1932 empfahl⁵⁸⁾, mit beklemmenden Vorstellungen von einer Verlagerung des Schweregewichts der kommunistischen Weltbewegung von Moskau nach Berlin verbinden. Lenin hatte 1918/19 mit einer derartigen Möglichkeit gerechnet, indem er sie mit durchaus

51) Flechtheim S. 181/182. Vgl. dazu Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Kongreß. Materialien. Moskau-Leningrad 1935, S. 123, W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1953, Bd. 1 S. 647, und XII. Plenum EKKI. Stenografičeskij otčet. Moskau 1933, t. 1, S. 112.

52) Vgl. den Auszug aus den Beschlüssen bei Weber, Dokumente, S. 245 ff.

53) *Iswestija* l. c., S. 2, und *Prawda*, 2. 11. 1932, S. 2—3.

54) In seinem Artikel: *Novyje etapy fašizacii Germanii* im *Bolschewik* vom 15. 2. 1933.

55) F. Borkenau, *World Communism*. New York 1939.

56) G. F. Kennan, *Russia and the West under Lenin and Stalin*. London 1961, S. 291.

57) Hierüber s. G. v. Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*. Wiesbaden 1955, S. 302, wo auch weitere Literaturhinweise gegeben sind.

58) Weber, *Dokumente*, S. 110 ff.

positiven Erwartungen für die allgemeine weltrevolutionäre Entwicklung verband. Stalin mußte eine derartige Konsequenz in der derzeitigen Phase der sowjetischen Entwicklung, die durch seine These vom „Sozialismus in einem Lande“ bestimmt wurde, perhorreszieren. Margarete Buber-Neumann hat es, wenn auch allzu pointiert, ausgesprochen: „Stalin dürfte ein sozialistisch-kommunistisches Deutschland gefürchtet haben. Da er annahm, daß die Kommunisten dann an die Macht kämen, fürchtete er, daß dann die Sektion der Komintern um der industriellen Stärke Deutschlands willen der sowjetrussischen Vormachtstellung gefährlich werden könnte.“⁵⁹⁾

Man kann in der Tat davon ausgehen, daß die Sowjetunion in der Phase des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ dringend an einem Wirtschaftsaustausch mit Deutschland interessiert war. Dieser war in den Jahren nach 1926 in steigendem Maß intensiviert worden und hatte während der Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1932 eine weitere Ausweitung erfahren⁶⁰⁾. Ein Nachlassen deutscher Industrieimporte hätte eine empfindliche Einbuße für Stalins Industrialisierungsprogramm bedeutet. Mußte er nicht unter diesen Umständen an einer Erhaltung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Stabilität interessiert sein und aus diesem Grunde das Experiment eines kommunistisch regierten Deutschlands fürchten⁶¹⁾?

Die zweite Motivgruppe umfaßt außenpolitische Überlegungen. Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England im Jahr 1927, die erst 1929 wieder aufgenommen wurden, wurde in Moskau die Psychose einer erneuten Intervention, eines Überfalls der kapitalistischen Mächte auf die Sowjetunion lebendig. Da gleichzeitig am Ende der zwanziger Jahre in Fernost die japanische Aggres-

sion auf dem asiatischen Festlande einsetzte und zu Grenzkonflikten mit der Sowjetunion führte, verdichtete sich die Vorstellung einer Gefahr von außen zu der einer regelrechten Einkreisung von West und Ost. So realistisch der japanische Expansionismus gesehen werden mußte, so unreal war die Furcht vor gleichzeitigen feindlichen Aktionen seitens der Westmächte in Europa. Es gehörte aber seit jeher zu den charakteristischen Symptomen des sowjetischen Herrschaftssystems, daß man aus der Fiktion einer äußeren Bedrohung eine Rechtfertigung des terroristischen Regimes im Innern ableitete.

Bereits auf dem XVI. Parteikongreß der KPdSU im Juni 1930 hatte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise einerseits durch Errichtung einer faschistischen Diktatur, andererseits durch die Entfesselung des Krieges suchen werde⁶²⁾. „Die Welt treibt in einen imperialistischen Weltkrieg . . . , eine Neuverteilung der Welt steht vor der Tür“, schrieb die *Imprekorr* am 10. März 1932⁶³⁾, und am 27. August hieß es in der „*Prawda*“: „Wir befinden uns in einem Übergangsstadium zu einer neuen Kriegs- und Revolutionsperiode . . . , der Kapitalismus hat ein katastrophales Stadium erreicht, eine Phase heftiger Klassenkämpfe und Versuche, die Welt durch den Krieg neu zu verteilen.“⁶⁴⁾ Am 6. Oktober 1932 wurden Japan und Frankreich als die wichtigsten Kriegshetzer bezeichnet⁶⁵⁾, und in der offiziellen Verlautbarung des 12. Plenums des EKKI hieß es: „Die imperialistischen Mächte und vor allem die Imperialisten Frankreichs und Japans scheuen keine Mühe, um den antisowjetischen Block zu erweitern und zu stärken, um dem Stützpunkt der proletarischen Weltrevolution, nämlich der UdSSR, einen entscheidenden militärischen Schlag zu versetzen . . . Unter der Führung Frankreichs, Polens, Rumäniens und der baltischen Staaten werden direkte Vorbereitungen für eine Intervention gegen die UdSSR getroffen.“⁶⁶⁾

Mußte nicht unter diesen Umständen Hitler mit seiner Agitation gegen Versailles Stalin die bessere Garantie gegen eine gemeinsame Front Deutschlands mit dem Westen bieten als die Weimarer Republik? Konnte man nicht

59) Buber-Neumann, a. a. O., S. 285. Wenn in einer 1961 bei Cotta in Stuttgart herausgegebenen Briefsammlung (Briefe zur Weltgeschichte) ein Brief Stalins an A. Thalheimer vom 7. 12. 1923 veröffentlicht wird, in dem Stalin eine genau entgegengesetzte Meinung vertritt, die auch im Gegensatz zu seinem in Anm. 8 zitierten Schreiben steht, so kann an der Fälschung eines derartigen, angeblich aus der Roten Fahne (7. 11. 1923!) stammenden Dokuments, kaum Zweifel bestehen.

60) Rauch, a. a. O., S. 269.

61) Der Meinung ist auch M. Beloff, l. c. S. 60/61: „It is also possible that the Russian leaders . . . would not indeed have welcomed a full-scale Communist upheaval which would interfere with the delicate and important commercial relationships between the two countries.“

62) Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Kurzer Lehrgang. Berlin 1947, S. 407.

63) *Possony*, a. a. O., S. 227.

64) *Prawda*, 27. 8. 1932

65) *Possony*, a. a. O., S. 227.

66) *Ibid.* S. 227—228.

erwarten, daß eine von Hitler angestrebte Aufrüstung ein verstärktes Gewicht des Militärs in Deutschland nach sich ziehen würde, das, wie man zu wissen glaubte, schon immer Anhänger einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit gewesen war? Und mußte nicht Hitlers Machtergreifung zugleich die Chancen eines Konflikts mit England und Frankreich verstärken? Diese Konzeption spiegelt sich in sehr bezeichnender Weise in einem Gespräch, das Erich Wollenberg, ein führendes Mitglied der KPD ⁶⁷⁾, 1932 in Moskau mit Stalin geführt hat. Die deutsche Frage, sagte Stalin, dürfe nicht allein aus der deutschen Innenpolitik beurteilt werden, sondern nur im Zusammenhang der internationalen Interessen der kommunistischen Bewegung. Auf Wollenbergs Einwand, Hitlers Machtergreifung könne den militärischen Angriff auf die Sowjetunion bedeuten, erwiderte Stalin hintergründig: ein Krieg sei ohnehin unvermeidlich! Als Wollenberg darauf erwiderte, eine kommunistische Revolution in Deutschland könnte doch einen derartigen Krieg verhindern, habe Stalin die Unterhaltung abgebrochen ⁶⁸⁾.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Stalin Lenins These von der Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen der bürgerlichen und der sowjetischen Welt voll und ganz akzeptierte. Mit der veränderten Bedeutung, die jedoch die Sowjetunion im Rahmen der weltrevolutio-

67) Erich Wollenbergs 1952 erschienenes Buch *Der Apparat* (Bonn o. J.) gibt einen tiefen Einblick in die revolutionäre Aktivität der KPD im Jahre 1923 und darüber hinaus.

68) Nach Possony, a. a. O., S. 225. Possony verweist zugleich auch noch auf ein weiteres Zeugnis, dessen Aussage mit einiger Vorsicht heranzuziehen ist. Dr. Karl Wittfogel habe im Sommer 1932 in Moskau Gespräche mit „prominenten zweitrangigen (!)“ Kominternführern geführt, die ihm versichert hätten, Hitler werde und müsse an die Macht kommen, auch wenn 20 000 der besten Arbeiterführer in Deutschland dabei ums Leben kommen ... „Das war die große Linie der Komintern, Hitler an die Macht zu bringen, nicht weil sie ihn liebten (!); das taten sie nicht. Aber sie glaubten, daß durch ihn ihre große Sache ins Rollen kommen würde ... Ich glaubte zuerst, die russischen Kommunisten seien einfach dumm. Allmählich wurde mir aber klar, daß es sich hier um einen weitläufigen strategischen Plan handelte, der darauf abzielte, einen der größten Kriege der Neuzeit ins Rollen zu bringen. Es dauerte zwar einige Jahre, aber 1939 führte dieser Plan zum Erfolg.“ So primitiv hier manche Erkenntnis formuliert wird, was z. T. der verwendeten Quelle der „Hearings“ der verschiedenen Komitees des Amerikanischen Kongresses zuzuschreiben ist, so deutlich wird doch auch bei dieser Aussage die Funktion, die Hitlers Machtergreifung im Rahmen der weltrevolutionären Planung der Komintern zugewiesen wurde, sichtbar.

nären Erwartungen gewonnen hatte, und mit dem Aufkommen des Faschismus bekam auch die Frage nach der Unvermeidbarkeit von Kriegen einen anderen Akzent. Neben der Furcht vor dem imperialistischen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion stand die Hoffnung auf einen kriegerischen Zusammenstoß innerhalb der bürgerlichen Welt. „Ein Krieg ist unvermeidlich“ — konnte sich gerade auf die Erwartung beziehen, daß die Aktivität Hitlers im Sinne einer Revision des Versailler Vertrages nach Westen gelenkt würde und zu militärischen Auseinandersetzungen mit den Westmächten führte.

Wenn auf diese Weise sowohl die deutschen als auch die westlichen Kräfte absorbiert würden, so wäre im Ergebnis der Westen als Gesamtheit geschwächt. Diese Überlegungen standen freilich unter der Voraussetzung, Hitler selbst werde sich nicht lange halten können; wenn er nicht schon durch innere Schwierigkeiten, deren er nicht Herr würde, zu Fall kommen werde, so durch den im Westen entfesselten Krieg. Dann wäre der Weg freigelegt für den Kommunismus, in einigen Jahren, in denen die Sowjetunion sich so weit gefestigt haben würde, daß Moskau der Primat der Vorrangstellung nicht mehr streitig gemacht werden konnte.

Unsere Untersuchung ist am Ende angelangt. Es wären nur noch zwei Fragen zu klären. Wäre die von Moskau verhinderte Einheitsfront der Linken das wirksame Mittel zur Verhinderung der nationalsozialistischen Machtergreifung gewesen, und ferner: wie lange währte die Fehleinschätzung Hitlers, die noch am 30. Januar den Kurs des Kreml bestimmt hatte?

Die erste Frage ist keine müßige Spekulation. Sie ist von grundlegender Bedeutung für die Frage nach dem Sein oder Nichtsein der deutschen Demokratie; sie kann dazu beitragen, die Vielfalt der politischen Kräfte und Möglichkeiten, die das Jahr vor der Machtergreifung in sich barg, richtig einzuschätzen und gegeneinander abzuwägen. Um ihre Beantwortung haben sich in den letzten Jahren maßgebende Forschungen von Bracher, Matthias-Morsey, Bahne u. a. verdient gemacht ⁶⁹⁾.

69) K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1955; E. Matthias-Morsey, *Das Ende der Parteien 1933*. Düsseldorf 1960. S. Bahne, s. o. Vgl. W. Conze, *Die Krise des Parteienstaates in Deutschland*. Historische Zeitschrift 1954, S. 47 ff.; K. D. Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1955, S. 1 ff.

Es ist nicht zu übersehen, daß jede Volksfront im eigentlichen Sinn dieses Schlagworts die Gefahr in sich barg, zu einer „sozialistischen Einheitsfront“ in der Art der SED zu werden, die Gefahr, daß sich die kommunistischen als die radikaleren Kräfte durchsetzten, so daß statt einer braunen Diktatur eine rote die Konsequenz gewesen wäre. Zweifellos wäre ein ungefährlicheres Gegengewicht gegen Hitler eine breite demokratische Front auf der Grundlage der Weimarer Koalition gewesen. Diese war aber 1930 zerbrochen und die SPD in ihrer Führung zu schwach und innerhalb des Mittelstandes noch immer zu Unrecht als Bürgerschreck verschrien, um Rückgrat und Angelpunkt einer demokratischen Front zu bilden. Natürlich muß auch die Möglichkeit erörtert werden, ob die Demokratie durch einen Staatsstreich gerettet werden konnte. Hierbei ist weniger an Papens Absichten, die auf einer zu schmalen legalen und sozialen Basis fußten, zu denken, als an Schleicher mit seinem Plan einer Brücke zwischen Militär und Gewerkschaften. Es war freilich eine für die deutschen Verhältnisse allzu ungewöhnliche Konstruktion, der die Voraussetzungen für eine Realisierung fehlten, zu anstößig wie für die eine, so auch für die andere Seite.

Immerhin wird deutlich, daß die Weimarer Republik nicht an Versailles und Moskau allein zerbrochen ist, wie auch Otto Braun formuliert hat, sondern im Grunde an der Inneren Widersprüchlichkeit und Unvereinbarkeit zwischen nationalem und demokratischem Denken: ein unglückliches Erbe der steckengebliebenen 1848er Revolution. Daß Moskau aber mit seiner spezifischen Manipulierung der KPD einen beträchtlichen Schuldanteil am Zusammenbruch der deutschen Demokratie trägt, dürfte feststehen.

Für unsere Zusammenhänge ist die andere Frage relevanter: Wie lange währte die Unterbewertung Hitlers und seines Regimes?

Wenn am 30. Januar 1933 die Schockwirkung, die man vielleicht erwartet hatte, ausblieb, so stellte sie sich um so deutlicher ein Jahr darauf, nach dem Abschluß des Hitler-Pilsudski-Pakts im Januar 1934, ein. Der weitere Verlauf des Jahres mit der Liquidierung Röhm's und Schleichers und der Übernahme der Reichspräsidenschaft offenbarte die Festigung der inneren Machtstellung der nationalsozialistischen Diktatur; die Illusion, Hitler als bloßes Werkzeug der Bourgeoisie und des Militärs zu begreifen, verflog. Das Dritte Reich stellte nicht — wie erwartet — eine Chance, sondern eine Bedrohung dar. Dieser konnte man auf zweierlei Art begegnen entweder durch die kollek-

tive Sicherheitspolitik mit den Westmächten einschließlich der ab 1934 neu propagierten Volksfronttaktik oder durch ein Kriegsbündnis mit Hitler unter Aufteilung Osteuropas. Stalin hat beide Wege nacheinander beschritten.

Aber Stalins politische Bemühungen liefen nicht erst im Sommer 1939 doppelgleisig. Es fehlt auch in den Jahren zwischen 1933 und 1939 nicht an Hinweisen, Gesprächen und Führern; von den ersteren ist Stalins Rede auf dem XVII. Parteikongreß der KPdSU am 26. Januar 1934 bisher zu wenig beachtet worden. Sie malt mit kräftigen Farben, durchaus im Einklang mit den offiziellen Verlautbarungen von 1932, die Gefahr eines Krieges an die Wand, um anschließend anzudeuten, wenn Hitler Position gegen den Westen nehmen würde, sei eine Zusammenarbeit möglich⁷⁰).

Stalins Verhalten in der deutschen Frage des Jahres 1932 mit der Fehleinschätzung Hitlers und, damit gekoppelt, der Preisgabe der KPD, deren Führer nacheinander von Gestapo und GPU liquidiert wurden, hat im übrigen auch einen innersowjetischen Aspekt. Er hat nicht unwesentlich beigetragen zur vollen Ausprägung der hochstalinistischen Phase der sowjetischen Geschichte. Stalin beschritt mit dem Jahr 1934 die letzte, blutigste Etappe seines Weges zur Macht, und es liegt alle Veranlassung vor, von einem strukturellen Zusammenhang zwischen der Ermordung Röhm's und Schleichers auf der einen und Kirows auf der anderen Seite — im Dezember 1934 — zu sprechen. Stalin sicherte in den Jahren danach seine Diktatur durch Säuberungsprozesse, in deren Protokollen die Beziehungen zu Deutschland als Anklagepunkt eine eigentümlich zwielichtige Rolle spielen. Es war ein weiteres Zeugnis für die innere Affinität der beiden Regime, wenn die Diktion des sowjetischen Anklägers Wyschinskij von Roland Freisler in Hitlers Schauprozeß gegen die Opposition des 20. Juli 1944 kopiert wurde.

Die Machtergreifung Hitlers hat in ihren Konsequenzen für den Stalinismus nicht unwesentlich zur endgültigen Wandlung der Sowjetunion zu einem sowjet-patriotischen Nationalbolschewismus beigetragen, der Hitlers Aggressionsziele im Sinne eines eigenen imperialistischen Expansionsprogramm zu nutzen wußte und unter dessen Vorzeichen die Weltrevolution über die Katastrophen des zweiten Weltkrieges hinweg durch territoriale Eroberungen mehr Gelände gewann als je zuvor.

70) Stalin, Sočinenija Bd 13 S. 292-294 und 302 ff.

Deutschland, Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

An sich läge es nahe, die Betrachtung der Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg nach dem überlieferten Blickpunkt jenes Spiels politisch-militärischer Gegnerschaften oder Verbundenheiten vorzunehmen, das in der Zwischenkriegszeit zweifellos seine Gültigkeit haben mochte und in der Tat auch einen Grundzug der Kriegsentfesselung bildete. Die geschichtlich tief verwurzelten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen einerseits, zwischen Polen und Russen andererseits, die nach dem ersten Weltkrieg vielfach eine geradezu dogmatische Verhärtung erfuhren, schienen es zu rechtfertigen, daß die außenpolitische Zuordnung der drei Mächte in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg schlechtweg im Bild eines funktionalen Nexus gesehen wurde, der die Geschehnisse Polens als eines schwächeren Mitgliedes von den Beziehungen der beiden großen Flügelmächte abhängig machte. So reichte die Skala der politischen Ausmünzungen dieser „Funktion“ von dem Versuch guter Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland – die ein immerhin erhebliches Motiv in der Niederhaltung, Reduktion oder gar Aufteilung Polens sah – bis zu der extremen Gegenkonzeption, Polen im Falle eines Zwistes zwischen seinen beiden großen Nachbarn an den einen Anrainerstaat durch eine Allianz zu binden, es abhängig zu machen oder auch zu unterwerfen, um es gegen den andern ausspielen zu können.

So wäre es gewiß aufschlußreich, die Gültigkeit dieses scheinbar evidenten außenpolitischen Grundgesetzes wie auch die Möglichkeiten seiner Anwendung in den drei Stadien der Entfesselung, der Durchführung und Beendigung des zweiten Weltkrieges im Osten nachzuprüfen. Freilich wird ein solcher Wertmaßstab kaum geeignet sein, die besonderen Wesenszüge dieser kriegerischen Auseinandersetzung voll zu erfassen. Das denkerische Schema einer funktionalen Zuordnung hatte seinen Ursprung in der älteren Vorstellung eines Konzerts europäischer Nationalstaaten, die in ihren auswärtigen Beziehungen sich nationaler Streitfragen als eines Gegenstandes politischer oder auch militärischer Kontroversen zwar gern bedienten, immerhin aber die Beachtung fremdnationaler Lebensfragen als

Maxime der politischen Moral noch anerkannten. Fraglos hatte der erste Weltkrieg mit seinen weit ausgreifenden Imperialismen, die vornehmlich von alldutschen und frühsowjetischen Impulsen herkamen, den Kanon politisch-militärischer Regeln und Gesetze des 19. Jahrhunderts durchbrochen; auch die Restitution des polnischen Staatswesens, die den aus dem pränationalen Zeitalter herrührenden staatenlosen Ausnahmezustand der polnischen Nation beendete, hatte temperamentvolle imperiale Züge aufzuweisen gehabt. Andererseits bildete gerade der Umstand, daß die Zurückwerfung Polens in die Staatenlosigkeit nach dem ersten Weltkrieg ernsthaft erwogen werden konnte, ein schwerwiegendes Indiz für den partiellen Verlust völkerrechtlicher Normen. Dennoch galten die traditionellen Formen diplomatischer und militärischer Auseinandersetzungen – und dies oftmals gerade deshalb, weil von nationalsozialistischer und sowjetischer Seite bedenkliche Präzedenzen ihrer Mißachtung vorlagen – bis in den Vorabend des zweiten Weltkrieges hinein als die eigentlich legitimen. So wurde jenes konzertante Spiel zwischenstaatlicher Beziehungen, das bei aller Schärfe der sachlichen Streitfälle eine gewisse Harmonie in den Mitteln ihrer Behandlung wahrte, durchaus noch als im Grunde verbindlich angesehen, und insofern war Carl Jacob Burckhardts Definition einer „discordia concors“ der europäischen Staaten wenigstens noch nicht überholt.

Der zweite Weltkrieg im Osten brachte – gemäß den angedeuteten Vorbereitungen im ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit – Methoden der Politik und der Kriegführung hervor, welche die älteren, rechtlich und moralisch immerhin noch gebundenen Anschauungen vollkommen umstürzten. Allein die Messung nach den Normen des „klassischen Krieges“ wird imstande sein, die nahezu totale Entbindung kriegerischer Handlungen von den Überlieferungen des herkömmlichen Kriegs- und Völkerrechts deutlich zu machen. Unter den klassischen Kriegstheorien werden die eines Carl von Clausewitz um so eher die Werskala abgeben können, als sich die nationalsozialistische Kriegführung und die der Bolschewiki ausdrücklich auf sie beriefen. Vier Kriterien sind es vornehmlich,

an denen die Frage nach der Andersartigkeit des zweiten Weltkriegs im Osten zu klären wäre:

Der Vorgang der Kriegsentfesselung - der die Begriffsbestimmung der Angreiferschaft einschließt - und der Kriegsbeendigung ohne Setzung eines Friedens;

die völkerrechtliche Fortexistenz von Nationen oder Staaten durch den Kriegsverlauf hindurch;

die Auflösung nationaler Streitfragen durch Umsiedlungen oder Vertreibungen;

der Charakter totalitärer Kriegführung schlechthin.

Bei dieser Gegenüberstellung der klassischen Kriegführung mit der des zweiten Weltkriegs im Osten wäre gewiß anzuerkennen, daß der von Deutschland über Polen nach der Sowjetunion sich hinziehende Kriegsschauplatz kein Monopol für die Ausbildung neuer Formen der totalen Kriegführung besaß. Neben der Betonung der eigentümlichen Mittelstellung, die der erste Weltkrieg zwischen einem klassischen und einem totalen Krieg einnahm, wird festzustellen sein, daß im zweiten Weltkrieg auch außerhalb des östlichen Europa starke Verletzungen der hergebrachten Kriegsregeln - etwa in Gestalt der Luftkriegführung und des Untergrundkrieges - begangen worden sind. Dennoch darf das Postulat festgehalten werden, daß die flagrante Mißachtung der überlieferten Kriegsmoral nirgends so umfassend und so allgemein zutage trat wie 1939-1945 im Bereich des östlichen Europa. Hier bildete sich geradezu eine neue Klassizität des gesetzlosen Krieges aus.

I

Nach klassischen Begriffen ist die Definition der Angreiferschaft einfach genug vorzunehmen. Jeder Staat, der die Grenzen und mithin das Territorium eines fremden Staates verletzte, indem er seine Streitkräfte dorthin einmarschieren ließ, wäre kraft dieser Grenzverletzung als Aggressor zu betrachten. Wesentlich auf dieser begrifflichen Bestimmung beruhte doch die Auflastung der Kriegsschuld auf Deutschland im ersten Weltkrieg, da der Einmarsch der deutschen Truppen in das neutrale Belgien als erhebliches Merkmal der Kriegsentfesselung herangezogen wurde. Freilich trug das ständig wiederholte deutsche Vorgehen gegen diese „Kriegsschuldlüge“, die stetige, durch historische Forschungen unterbaute Anprangerung der These von der deutschen Alleinschuld nicht wenig zu der Erkenntnis bei, daß die überlieferte Bestimmung der

Angreiferschaft und damit der Kriegsschuldfrage ungenügend sei. So knüpfte sich an den bekannten Versuch, im Kriegsächtungspakt von 1928 zu einer friedlichen Beilegung aller internationalen Streitfälle vor dem Forum des Völkerbundes oder anderen überstaatlichen Gremien zu kommen, eine lebhaft erörterte der Kriegsursachen oder Kriegsschuldfragen und mithin des Wesens der Angreiferschaft; indessen konnte bis zu Beginn des zweiten Weltkrieges hin keine Definition der Aggression gefunden werden, die allgemein anerkannt und für alle Staaten verbindlich gewesen wäre.

Dieses Versagen der internationalen Diplomatie, eine gemeinverbindliche Begriffsbestimmung der Angreiferschaft zustande zu bringen, entbehrte nicht einer gewissen inneren Notwendigkeit. Als Vorgang und Vorstellung bestand ja bereits die „indirekte Aggression“, welche die Entfesselung eines Krieges nicht durch den militärischen Einmarsch in ein fremdes Territorium vornahm, sondern durch die Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates, die ihrerseits einen plausiblen Vorwand zum endlichen militärischen Eingriff zu geben geeignet schienen. So war die Gründung der UdSSR als einer Föderation theoretisch souveräner Sowjet-Republiken nach dem ersten Weltkriege allein in der Weise möglich gewesen, daß eine Reihe bürgerlicher oder sozialistischer, auf dem Territorium des einstigen russischen Reiches entstandener Staaten durch innere Unruhen in ihrem gesellschaftlichen Charakter verändert und schließlich mit Waffengewalt zum Wiederschluß an die „RSFSR“ genötigt wurden. Es konnte hier der Prätext verwendet werden, daß diese an sich nicht-sowjetischen Staaten ja gar nicht den eigentlichen Volkswillen repräsentierten, sondern allein den einer dünnen bourgeoischen Oberschicht: Die Waffenhilfe der Roten Armee für die subversiven Kräfte in diesen Staaten, die nach klassischen Begriffen eine unverhüllte Aggression dargestellt hätte, wurde hier als bloße Erfüllung des Willens der „Massen“ einer Nation oder Nationalität deklariert. Hier zeigte sich die Kehrseite des im ersten Weltkrieg nach amerikanischen Vorbildern zum Durchbruch gelangten Grundsatzes des „Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“, weil diese Selbstbestimmung von der klaren Definition der Territorialverletzung wegfürte auf das weniger exakt faßbare Begriffsgebiet der nationalen Willensbildung bestimmter Personengruppen. So konnte eben die entscheidende Frage, welche dieser Perso-

nengruppen die „volonté générale“ der Nation verkörperten, offen bleiben und damit manipuliert werden. Für die auswärtige Politik der Sowjetregierung blieb diese Möglichkeit einer Handhabung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, die sich schon 1920 in der Erwägung einer Ausweitung der Sowjetföderation zur Konföderation und insofern auch der Bildung von „Satellitenstaaten“ nach dem sozialen Typus des Mutterstaates offenbarte, bis in den zweiten Weltkrieg hinein und vornehmlich in diesem ein leitendes Prinzip.

Es hatte in der Endphase des ersten Weltkriegs auch auf deutscher Seite an Versuchen nicht gefehlt, gerade im Bereich der polnischen und westrussischen Territorien eine Zone satellitärer „Schachtelstaaten“ zu schaffen, die in ihrer eher konservativen Gestalt dem sowjetischen Ausgreifen entgegenwirken sollten. Obgleich die Idee der „Selbstbestimmung“ bei der Verwirklichung dieser deutschen Kriegsziele kaum berücksichtigt worden war, wurde sie nach der deutschen Niederlage im nationaldeutschen Interesse in den Vordergrund jeglicher außenpolitischer Argumentation geschoben. Die Unrichtigkeit der alliierten These von der deutschen „Alleinschuld“ am Krieg, das Empfinden einer lang anhaltenden Deklassierung Deutschlands in der Gesellschaft der Staaten und das subjektiv ehrliche Bewußtsein, im guten Recht gekränkt zu sein, führten in Deutschland zu einer entschlossenen Abkehr von den überkommenen Regeln der Kriegsverantwortlichkeit. Jetzt konnte die Überbewertung des mißverstandenen britischen Prinzips vom „Right or wrong, my country“ ebenso Platz greifen wie die Vergottung des nationalen Egoismus, der nicht allein mehr als gesund, sondern geradezu als heilig betrachtet wurde. Mit der Erkenntnis des Verlustes der Weltmachtstellung paarte sich der schreckliche Komplex, bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen zu sein; Deutschland sah sich zu einer Zeit, in der die Imperien der Vereinigten Staaten, Großbritanniens oder der Sowjetunion gefestigt bestanden, nicht allein auf seine ethnischen Grenzen zurückgeworfen, sondern – kraft des Verbots eines Anschlusses von Österreich und Deutsch-Böhmen – sogar noch hinter diese. Gewiß verkannten die wohlmeinenden Deutschen nicht, daß eben aus dem schlechten Gewissen vieler alliierter Friedensschöpfer moralisches Kapital für Deutschland zu schlagen sei, das sich irgendwann einmal in die klingende Münze einer vernünftigen territorialen Revi-

sion umsetzen ließe. Siegreich blieb indessen doch die Auffassung, Deutschland solle sich bewußt aus der unpraktischen Vergangenheit eines Volkes der „Dichter und Denker“ in eine neue Barbarei flüchten, um endlich sein Recht der nationalen Selbstbestimmung durchzusetzen, geschähe dies auch nach der kohlhaasischen Weise einer Kampfansage an die ganze Welt. Hier vermochte die Anschauung des Nationalsozialismus anzusetzen, es sei im Interesse nicht bloß der nationalen Eignung, sondern auch der völkischen Herrenmission der Deutschen erlaubt und geboten, einen Krieg ohne die klassische Einleitung mit einer formellen Erklärung und öffentlicher Mobilmachung zu entfesseln. Die verhängnisvolle Rechtfertigung des präventiven Krieges nach der Kategorie des Erfolgs war mindestens für die nationalsozialistische Führerschaft bestimmend, wenn sie zu dem Schluß kam, daß nach einem gewonnenen Krieg niemand mehr frage, wer ihn eigentlich angefangen habe.

Zur Verhüllung einer solchen Kriegseröffnung, die in der Münchener Krise um ein Haar gelungen wäre und im Falle des deutsch-polnischen Konflikts von 1939 nicht mehr zu verhindern war, eignete sich die Losung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Nation vortrefflich. Gewiß stellte der Ruf nach der deutschen Selbstbestimmung niemals einen bloßen Vorwand, sondern stets ein echtes und starkes Motiv der Kriegsdrohung dar; dennoch aber standen hinter diesen vorangestellten Beweggründen die weitergreifenden Triebkräfte, den Gegner mit Hilfe der Parole einer Bedrückung der deutschen Minderheiten, die eine bewaffnete deutsche Intervention unabdingbar machte, zu vernichten. Nach offiziöser Lesart eröffnete Adolf Hitler den zweiten Weltkrieg nur deshalb, weil er den unerträglichen „mazedonischen Zuständen“ einer Verfolgung der deutschen Volksgruppe in Polen ein Ende zu setzen sich verpflichtet sah. Damit erhob er die Belange dieser Volksgruppe, die er selbst jahrelang bedenkenlos preisgegeben hatte, nach außen hin in den Rang des höchsten nationalen Anliegens, während er sie im Grunde doch nur als Werkzeug für die überfallartige Zerschlagung Polens benutzte. Diese Handhabung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes begründete nach der frühsowjetischen, die eher klassenmäßig bedingt gewesen war, die neue Form der völkisch bedingten Manipulation. Nach machiavellistischen Begriffen war diese Methode genial; sie sprach in der deutschen Öffentlichkeit die scheinbare Uner-schütterlichkeit der älteren Revisionsforderungen gegenüber Polen ebenso an wie die of-

fenkundige Selbstverständlichkeit der nationalen Solidarität. Unter den ausländischen Diplomaten hatte vorzüglich die britische nach den Versailler Erfahrungen einer gewissen moralischen Wehrlosigkeit gegenüber der Verwendung des Selbstbestimmungsrechtes niemals ganz Herr werden können. Daher war es doch in erheblichem Maß der vorzeitigen Decouvrierung dieser Taktik in der tschechoslowakischen Frage zuzuschreiben, wenn nunmehr die britische Außenpolitik energisch reagierte, die Mehrheit der Deutschen im Reich die Frage nach der inneren Berechtigung dieses Krieges immerhin stellte und selbst unter den betroffenen Auslandsdeutschen erste Stimmen der Besorgnis über den Mißbrauch ihres nationalen Bekenntnisses laut wurden. Jedenfalls erschien es Hitler erforderlich, die Kriegsschuld und Kriegsverantwortung des Gegners durch einen eigens von deutschen Stellen inszenierten, angeblich polnischen Überfall vor aller Welt evident zu machen.

Die Regierung der Sowjetunion sah sich, als sie nach den Teilungsverträgen hinsichtlich Polens unter sanfter deutscher Nachhilfe den Einmarsch in das östliche Polen schließlich anordnete, noch stärkeren Bedenklichkeiten gegenübergestellt als die deutsche Regierung. Jeder irgendwie gearteten rechtlichen Begründung eines solchen Einmarsches stand neben den älteren Friedens- und Nichtangriffsverträgen vor allem die Legaldefinition der Aggression von 1933 entgegen, die ausdrücklich feststellte, daß weder auswärtige kriegerische Verwicklungen noch innere Wirren irgendeine Angriffshandlung - und geschähe diese auch ohne Kriegserklärung - rechtfertigen könnten. Das Bestehen einer solchen Begriffsbestimmung der Angreiferschaft, die an den Kriegsächterpakt anknüpfte und für den Bereich der UdSSR sowie ihrer westlichen und südlichen Randstaaten regionale Verbindlichkeit besaß, stellte - soweit die Randstaaten der Sowjetunion betroffen waren - die Frucht jener geschichtlichen Erfahrungen aus der Gründungszeit der UdSSR dar, in der die Regierung der Bolschewiki den klassischen, territorial gebundenen Souveränitätsbegriff durch die Einmischung in die inneren Verhältnisse hatte aushöhlen können; sie selbst war seinerzeit genötigt gewesen, den Preis dieser Legaldefinition zu bezahlen, um vor fremder, gleichfalls innerpolitisch begründeter Intervention zeitweilig sicher zu sein. Jedenfalls standen ihr im September 1939 die diplomatischen Waffen Hitlers nicht zur Verfügung. So nahm sie schließlich ihre Zuflucht zu der Fiktion, der polnische

Staat habe, zusammengebrochen unter den Schlägen der deutschen Waffen, bereits aufgehört zu bestehen, und es wohne folglich den mit ihm abgeschlossenen Verträgen keine rechtsverbindliche Kraft mehr inne. Erst nach dem Vollzug dieses dialektischen Kunstgriffs eines Erlöschens der polnischen Staatsgewalt war sodann die Einführung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes möglich, das den Einmarsch der Sowjetarmeen mit dem Schutz der weißruthenischen und ukrainischen Bevölkerung im östlichen Polen begründete. Die nachträgliche Legalitätsbemühung einer Abhaltung von - überdies gelenkten - Plebisziten konnte gegenüber den vorausgegangenen klaren Rechtsverletzungen kaum Indemnität schaffen. Noch weniger traf dies für die Annexion der Baltischen Staaten zu, mit der Josef Stalin in der Zeit der deutschen Bindung in Frankreich den nationalsozialistischen Machtzuwachs zu kompensieren suchte. Die erweiterte Konstitution der Sowjetunion als eines Bundes von 16 Unions-Republiken, welche die Phase der indirekten Aggressionen und Annexionen abschloß, hatte verbindlichen Charakter vielleicht für das sowjetische Staatsrecht, nicht aber für das internationale Rechtsdenken, das auf den bisher verbindlichen Normen beharrte.

Freilich war nunmehr die Methode des „unerklärten Krieges“, welche die beliebige Verwendung der nationalen Selbstbestimmung mit der begrifflichen Entleerung der klassischen Aggression verband, sowohl von nationalsozialistischer als auch von sowjetischer Seite ausdrücklich zum Mittel der Kriegsentfesselung erhoben worden; auch an der Eröffnung späterer Kriegshandlungen im Verlauf des zweiten Weltkrieges im Osten sind typische Züge dieser Verfahrensart nachweisbar. Von hier war es nur ein Schritt bis zur Setzung eines Kriegsendes in Gestalt des „unerklärten Friedens“, wie sie die Potsdamer Konferenz vornahm. Sicherlich war die unerwartete Dauerhaftigkeit der bloß provisorisch gedachten Potsdamer Entscheidungen von Elementen bestimmt, die mit der Kriegseröffnung nur noch in loser Konnexion standen; dennoch wird dieser Art der Kriegsbeendigung, dessen Beurteilung von dem Extrem des Waffenstillstands bis zu dem des Präliminarfriedens schwankt, der aber in keinem Falle eine wirkliche Friedensordnung heraufführte, nicht ohne eine gewisse innere Logik an die Art der Kriegsentfesselung anzuschließen sein.

Nach den älteren klassischen Begriffen mußte ein Staatswesen neben den Attributen der Staatsgewalt und des Staatsvolkes auch das des Staatsterritoriums aufweisen, und insofern kam den Staatsgrenzen eine erhebliche definitorische Bedeutung für das Wesen eines Staates überhaupt zu. Es wurde schon bemerkt, daß diese Territorialdefinition durch neue Inhalte des Nationsbegriffs vornehmlich im östlichen Europa erheblich erschüttert worden war; dennoch wurde sie eigentlich erst im zweiten Weltkrieg gänzlich außer Kraft gesetzt. Zuvor galt die Sicherung eines Staatswesens durch die Garantie seiner Grenzen als die stärkste mögliche Form eines völkerrechtlichen Schutzes überhaupt, wie das eindrucksvolle Beispiel des Rheinpaktes von Locarno bewies. Schließlich war eine derartige Garantie nach klassischen Begriffen durchaus hinreichend, eine Aggression in Gestalt der Grenzüberschreitung gegnerischer Truppen in praxi zu verhindern, da sie diese mit dem automatischen militärischen Eingreifen der Garantiemacht unauflöslich verband.

Am Vorabend des zweiten Weltkriegs – und dies war eben nur auf Grund der Handhabung der „indirekten Aggression“ durch den Nationalsozialismus zu verstehen – trat erstmalig in der Geschichte der gesamten modernen Diplomatie eine andere Fassung der völkerrechtlichen Garantie in Erscheinung. Die britische Garantie vom März 1939, die für das vom deutschen Angriff unmittelbar bedroht scheinende Polen abgegeben wurde, betraf nicht mehr die Grenzen oder das Territorium, sondern die Unabhängigkeit und Integrität der polnischen Nation. Hier verlagerte sich mithin die begriffliche Fassung des Nationalstaats vom territorialen Grundsatz auf den personalen; nicht mehr das Staats-Gebiet war ausschlaggebend, sondern das Staats-Volk. Es dürfte durchaus verständlich sein, daß diese weniger präzise Garantieförmel bemüht war, eine indirekte Aggression unter dem Deckmantel der nationalen Selbstbestimmung einerseits zu verhindern, andererseits aber territoriale Veränderungen selbst erheblicher Art, sofern diese nur auf dem Wege friedlicher Revision vor sich gingen, offen zu lassen. Die von deutscher Seite scharf kritisierte Bedenklichkeit, kraft einer solchen Fassung der Garantie die Entscheidung über den casus foederis und damit über den casus belli aus den Händen geben und der garantierten polnischen Regierung überlassen zu müssen, wurde anscheinend von

der britischen Regierung angesichts ihrer wirklichen Notlage in Kauf genommen.

Diese Garantie schuf eine Präzedenz von ungeahnten Ausmaßen, wenn dies auch in der Zeit der Garantieerteilung nicht als ein solches erkannt oder gar beabsichtigt war. Hier offenbarte sich der erste Ansatz einer Denkweise, von der im zweiten Weltkrieg einmal die Wandlung des Begriffs der Fortexistenz eines Staates durch den Kriegsverlauf hindurch abhängen sollte, zum andern aber auch das allmähliche Wachstum der Vorstellung, das Territorium eines Staatsvolkes gleichsam auf der Landkarte verschieben zu können. Beide Vorstellungen standen, wie namentlich am Beispiel Polens und seiner künftigen „Westverschiebung“ deutlich wurde, in unauflösllichem Zusammenhang. Nach den überlieferten Begriffen gab die vollkommene Eroberung des Staatsgebiets, sofern diese mit dem Erlöschen jeglichen organisierten Widerstandes zusammenfiel, dem Eroberer die Souveränität über das eroberte Territorium und mithin auch das Recht einer politischen Neuordnung; so mußte, war nur der Widerstand der regulären Feldarmee endgültig niedergeworfen, der militärischen Eroberung oder „debellatio“ des gesamtstaatlichen Territoriums die politische Unterwerfung oder „subjugatio“ folgen – wobei freilich die Intention der siegreichen Regierung, das debellierte Territorium dauernd zu behalten, also ihr „animus possidendi“, eine entscheidende Vorbedingung darstellte. Diese Auffassung dürfte die Regierungen des nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion bei der zweiten Aufteilung des niedergeworfenen Polen geleitet haben, wenn auch in wenig bestimmter und unklarer Weise; sie vermieden es, jemals eine Erklärung über die Beendigung der Existenz der polnischen Republik oder die Rechtsgrundlage ihrer neuen politischen Ordnung abzugeben, zumal sie ja eine Debellation Polens wegen des „friedlichen“ Einmarsches der Sowjetarmeen nicht voraussetzen durften. Andererseits sah sich die polnische Regierung, im rumänischen Exil interniert, zur vollkommenen Handlungsunfähigkeit verurteilt und der letzten organisierten Feldtruppen beraubt, bei der Postulation der Fortexistenz ihres Staates in einer schwierigen Lage; sie konnte diese Fortexistenz zunächst nur auf staatsrechtlichem Wege behaupten, indem sie die Übertragung der an das Staatspräsidium geknüpften Staatssouveränität der geltenden Verfassung von 1935 vornahm. Erst von diesem Akt her war die Neubildung einer Exilregierung, eines Exil-

parlamentes und schließlich einer Exilarmee zunächst in Frankreich, sodann in Großbritannien und der Sowjetunion als legitim anzusehen. So bildete die polnische Translation der staatlichen Souveränität vom Staatsterritorium in das Exil ein Beispiel für die neue Möglichkeit, die Kontinuität eines Staatswesens auch nach dem Verlust des Territoriums und dem der regulären Armee – die nach bisherigen Vorstellungen gleichsam das Staatsterritorium mit sich getragen hatte, sofern sie über ihre Staatsgrenzen zu weichen gezwungen war – zu wahren und fortzuführen. Ohne Frage hatten schon die letzten Jahre des ersten Weltkriegs denkerische Ansätze zur Möglichkeit des Exilstaatswesens gebracht, vornehmlich in der alliierten Anerkennung der Nationalkomitees der Polen, der Tschechen und anderer Völker, mochten diese nun in der Form der „reconnaissance comme nation“ oder der „reconnaissance comme l'état“ erfolgt sein; allerdings hatte es sich hier um die Anerkennung einer Staatsgewalt gehandelt, die sich ihres – an sich als schon bestehend vorausgesetzten – Territoriums noch nicht hatte bemächtigen können. So wird die staatliche Kontinuität der Polnischen Republik durch den zweiten Weltkrieg hindurch als das erste vollendete Exempel der Lösung von territorialen Denkweisen und der Hinwendung zu rein personalen Kategorien zu werten sein.

Die damit verwandte Frage der „Verschiebung“ eines nationalen und staatlichen Territoriums ging in ähnlicher Weise aus dem Ansatz der britischen Garantie vom März 1939 hervor. An sich hatte die britische Regierung, als die Kriegsgefahr sich deutlicher abzeichnete und die Möglichkeit einer friedlichen territorialen Revision dahinschwand, im August 1939 nach dem Vorgang des deutsch-sowjetischen Pakts zur klassischen Form einer Militärallianz mit Polen zurückgefunden, einer Militärallianz, die bei einem deutschen Angriff durch Grenzverletzung wirksam werden sollte. Nach der vollbrachten Teilung Polens orientierte sie sich freilich erneut an jener Konzeption, aus der die Abfassung der Garantie vom März 1939 entsprungen war. Im Oktober 1939 erklärte Lord Halifax namens der britischen Regierung, daß die Sowjetregierung unbeschadet der mangelnden Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens ihre Westgrenzen bei der Teilung Polens doch nur bis zu einer Linie vorgeschoben habe, die in etwa der 1920 vorgeschlagenen polnisch-russischen Grenze (Curzon-Linie) entspreche. Damit war wiederum – wenngleich noch ohne Rechtsverbindlichkeit – der Grund-

satz der territorialen Unverletzlichkeit zugunsten der vagen Fassung des Nationsbegriffs nach der rein ethnischen Konfiguration preisgegeben worden. Gewiß konnte dieses an sich erstaunliche britische Zugeständnis an die sowjetische Auffassung nur aus der heiklen Lage heraus verstanden werden, dem Kriegsgegner Deutschland den Interessenpartner abspenstig machen zu wollen; dennoch war damit ein andauerndes Präjudiz geschaffen worden, das der Sowjetregierung durch den gesamten Krieg hindurch die Chance gab, ihre Ansprüche auf das östliche Polen mit einem Schein des Rechts zu umkleiden. Von der Garantie Chamberlains und der Erklärung Halifax' aus – und beide galten auch Churchill als verbindlicher für den britischen Standpunkt denn der „klassische“ Beistandspakt vom August 1939 – war es nur folgerichtig, wenn in den britisch-polnisch-sowjetischen Beistandsverhandlungen von 1941 die Teilungsabmachungen von 1939 zwar verworfen wurden, die polnisch-sowjetischen Vorkriegsgrenzen aber mindestens nach britischer und sowjetischer Auffassung nicht ipso facto wieder in Kraft traten, sondern offen blieben. Der weitere Schritt einer endgültigen Hinnahme der Curzon-Linie und der territorialen Entschädigung Polens mit deutschem Territorium erschien um so unvermeidlicher, als Stalin selbst in der Zeit der größten militärischen Bedrängnis der Sowjetunion die Restitution der Vorkriegsgrenzen unnachgiebig abgewiesen hatte. Die Idee der Westverschiebung Polens und ganz Mitteleuropas war damit in den Kreis der praktikablen politischen Möglichkeiten eingerückt.

III

Der Prozeß des Umdenkens nationalstaatlicher Vorstellungen von territorialen Kriterien zu personalen hatte freilich über die Erschütterung alter Rechtskategorien hinaus noch andere, tiefere Wurzeln. In dem Gebiet zwischen dem deutschen Nationalstaat und der sowjetischen Völkerföderation war der Sachverhalt der „Balkanisierung Mitteleuropas“ vorgegeben, nämlich der Sachverhalt einer Schaffung nationaler Staaten in einem Bereich, der von alters her keine festumrissenen Volkstums-grenzen kannte, sondern viel eher das klassische Beispielfeld ethnischer Durchmischungen, Überschichtungen oder Verwerfungen darstellte. Hier war mithin seit dem ersten Weltkrieg ein vom westlichen Europa abgezogenes Staatsmodell – und meist das der „Nationaldemokratie“ – ungeprüft übertragen worden. Gerade hier mußte das Vorhandensein von Minderheiten oder Gruppen fremder Nationa-

lität im Rahmen eines Staatswesens mit nationalstaatlichem Anspruch zu besonders schweren Spannungen führen. An sich hätte die demokratische Idee – und hier vorzüglich die staatsbürgerliche Gleichheit aller Bürger, auch des minoritären Volkstums – ausgleichend und versöhnend wirken sollen; indessen hatten die meisten Staaten dieses Bereichs im letzten Jahrzehnt der Zwischenkriegszeit die demokratische Regierungsform preisgegeben und eine Regierungspraxis angenommen, die nicht totalitär wie die der beiden Flügelmächte Deutschland und die UdSSR, wohl aber autoritär war. So suchte jeder dieser Staaten – auch wenn er die Grundsätze des Rechtsstaates noch achtete und anerkannte – fremdvölkische Gruppen in seinem Staatsterritorium unter administrativem Druck zu assimilieren, seinem Staats-Volkstum ethnisch und sprachlich anzugleichen, während er umgekehrt freilich für die ihm stammverwandte oder ethnisch gleiche Volksgruppe in einem fremden Staat als selbstverständlich legitimer „Anwalt“ auftrat. Auch diese merkwürdig grundsatzlose, aber praktische Verfahrensart war vom ersten Weltkrieg und in ihm durch eine entsprechende Politik, namentlich des russischen Reiches, schon präformiert worden.

Hier steckte freilich der Ausgang einer nationalen Denkweise, die in ihrer folgerichtigen Durchführung zu einem seltsamen Zirkelschluß führen mußte. An sich hätte doch in einem Bereich, in dem die Idee des Nationalstaats im reinen Sinne nicht anwendbar war, eine geistige Revision des territorial gebundenen Nationalstaatsgedankens stattfinden sollen, und damit ein Hinfinden zu föderalen Ordnungen auf der Basis personaler Gruppen. Gewiß waren hierzu in der Zwischenkriegszeit verheißungsvolle Ansätze vorhanden, die von den Überlieferungen der zerstreuten „Generalität der Jüdischen Nation“ des 18. Jahrhunderts über die Programme der jüdischen „Bundisten“ und „Folkisten“ bis zur Wiener sozialdemokratischen Schule, zu einzelnen Elementen der Minderheitenschutzverträge oder der Kulturautonomie für die deutsche Volksgruppe in Estland hin reichten. Im Regelfall war indessen doch die Konzeption des unitarischen, territorial geschlossenen Nationalstaats siegreich geblieben, sogar in abseitig scheinenden Beispielfällen wie in der extremen territorialen Durchgliederung der Sowjetunion auch nach kleinsten ethnischen Gruppen, oder in der Ideenwelt des jüdischen Zionismus, der ein seit rund achtzehn Jahrhunderten verlorenes Heimatland wiederzuerlangen sich bemühte. In

jedem Falle wurde durch die moderne Wirklichkeit des Nationalstaats die ältere Möglichkeit eines landlosen rein personalen Consensus entschieden negiert. War diese scheinbare Selbstverständlichkeit der territorialen Geschlossenheit einer Nation einmal als richtig anerkannt, so konnte der zweite Schritt getan werden, den Staat – der doch an sich Mittel sein sollte – zum Zweck selbst zu setzen, und ihn schließlich als entscheidendes konstitutives Element der Nationsbildung anzusehen. Aus dieser Denkweise heraus prägte Roman Dmowski seinen nationalen Grundsatz: „Nicht die Nation schafft den Staat, sondern der Staat schafft die Nation.“ In der Tat nahmen die meisten Staaten des östlichen Europa in der Zwischenkriegszeit diese Konzeption zur Richtschnur ihres nationalen Handelns. So wurde endlich die Staatsgestaltung nicht der organisch „ewachsenen ethnischen Wirklichkeit angepaßt, sondern umgekehrt die ethnische Wirklichkeit um der Adaption an die Idee des Nationalstaats willen verändert, wenn nicht zerstört.

Die letzte Folgerung freilich, Volksgruppen und ganze Völker einfach als „ethnisches Rohmaterial“ zu behandeln, sie im Dienst einer vorgeworfenen nationalen oder sozialen Mission aus ihrer angestammten Heimat zu entfernen, zogen erst Adolf Hitler und Josef Stalin. Gewiß hatten schon vor dem zweiten Weltkrieg einzelne ethnische Gruppen zum Mittel der auswärtigen Politik und schließlich zur Kriegsentfesselung mißbraucht werden können, und gewiß war der an sich reine Gedanke einer „Anwaltschaft“ der Minderheiten längst schon entartet, wenn auch nicht im Bewußtsein der Betroffenen; immerhin aber hatte sich das überlieferte Gefüge der Völker im Raum zwischen Deutschland und dem eigentlichen Rußland trotz aller Versuche der Assimilation oder Verdrängung im Grundsatz noch bewahren können. Der zweite Weltkrieg griff mit seinem Beginn die geschichtliche Verwurzelung der Menschen in ihren Heimatlandschaften an. Die herrenvölkische Mission des Nationalsozialismus wie auch die klassenkämpferische Aufgabe der Bolschewiki schienen das grausame Experiment großangelegter Vertreibungen oder Verschleppungen zu fordern. Vom Herbst 1939 an ließ Hitler in den für das Deutsche Reich annektierten polnischen Westprovinzen altansässige Einwohner vertreiben, um für jene Angehörigen des Streudeutschtums aus dem weiteren Osten Siedlungsland zu schaffen, die er selbst eben erst durch die Teilungsverträge unter sowje-

tische Hoheit gestellt hatte. Für ihn war die Vorstellung einer Stärkung der territorialen Geschlossenheit des Deutschtums wesentlich, denn alle Rücksichten auf die Betroffenen. Stalin ordnete zur gleichen Zeit jene Verschleppungen oder Ausrottungen der älteren polnischen Führungsschicht im östlichen Polen an, welche den als Beweggrund des Einmarsches angegebenen weißruthenischen oder ukrainischen Charakter dieses Landes nun erst wirklich herausstellten. Der Fortgang des Krieges brachte sodann - namentlich nach der Eröffnung des Feldzuges gegen die UdSSR - die nationalsozialistische Intention zutage, das neu zu gründende großdeutsche Kolonialreich im Osten auf geradezu megalomane Völkerverpflanzungen zu bauen, die erhebliche Anteile der Polen, der Russen, Ukrainer und Weißruthenen, der baltischen und kaukasischen Völker umfassen sollten und kraft der damit notwendigen Ausbreitung der Deutschen die eben mühsam erzielte nationale Geschlossenheit wieder zerrissen; wenn auch nur ein Teilstück dieser oft geänderten Pläne in die Tat umgesetzt werden konnte, wenn auch militärische Erfordernisse wie die Arbeitergestellung, Räumung oder Flucht an dieser Wanderungsbewegung mitwirkten, so überstieg sie doch immer noch bei weitem die Größenordnung der klassischen Völkerwanderung. Andererseits trug Stalin keine Bedenken, im Verlaufe der an sich militärisch notwendigen Evakuierung oder Rücksiedlung ganze Bevölkerungsschichten in neuen Gebieten ansetzen zu lassen oder auch ganze Völker - wie die der Kooperation mit der deutschen Macht verdächtigen Wolgadeutschen, Krimtataren oder kaukasischen Bergstämme - im Exil zu zerstreuen. Für das geschichtlich geformte Bewußtsein der Völker der Sowjetunion waren solche Völkerbewegungen unbeschadet ihrer Schrecknisse nicht völlig ungewohnt; hier hatte die sowjetische Verpflanzungstechnik an ältere russische Vorbilder anknüpfen können. Für das mitteleuropäische Empfinden war diese Praxis - mochte sie auch im ersten Weltkrieg und seinen Folgejahren geistig schon vorgeformt sein - jedenfalls in dieser Verwirklichung neuartig und furchtbar.

Es war nach den Vorgängen namentlich der nationalsozialistischen Vertreibungen kaum unbegreiflich, wenn nun auch bei den westlichen Staatsmännern die Bereitschaft wuchs, neben der territorialen auch die personale Westverschiebung Mitteleuropas zu vollziehen und damit die Methode der Verpflanzung auf Deutschland zurückfallen zu lassen. Hier war neben den nationalsozialistischen Präzeden-

zien und den Wünschen Stalins doch wohl die Vorstellung maßgebend, es gälte durch großzügige Umsiedlungen ein für allemal jene nationalen Unruheherde auszuräumen, die so vortreffliche Prätexte für die Entfesselung national deklarerter Kriege abgegeben hatten. Eben in diese Richtung zielte auch das Argument von Benesch, die CSR der Zwischenkriegszeit sei durch den Mißbrauch der sudeten-deutschen Selbstbestimmung zerstört worden. Für eine derartige Anpassung nationaler Siedlungsbereiche an einmal gezogene staatliche Grenzen lagen in der neueren Geschichte immerhin die Vorgänge der Umsiedlungsverträge vor, welche die Balkankriege von 1912/13 im Gefolge gehabt hatten; auch insofern traf das Vergleichsbild einer „Balkanisierung Mitteleuropas“ zu. Mochte es umstritten sein, ob diese Verträge für die Entscheidungen Churchill und Roosevelts überhaupt von Einfluß waren, so hatten doch sicher jene Umsiedlungen, die nach dem griechisch-türkischen Krieg von 1920/1922 ursprünglich wilde Vertreibungen in geordnete Bahnen lenkten, ihre erhebliche Bedeutung. Maßgebend war ferner die durch die Erfahrung genährte Verzweiflung an der Möglichkeit, die Gefahren der ethnischen Mischungszone Mitteleuropa durch kondominiale oder föderale Lösungen bändigen zu können. Schließlich wird für die endgültige Zustimmung zu den Umsiedlungsplänen auch ein Stück Rache und Vergeltung wirksam geworden sein. Dennoch war die hier gefundene Entwirrung des nationalen Knotens im Grunde friedenssichernd gemeint, wie auch die geplante Methode einer geordneten und humanen Umsiedlung kaum das Recht zu der nachfolgenden Praxis einer weithin regellosen Vertreibung gab. So wird der furchtbare Rückfall der Vertreibungen auf Deutschland zwar menschlich verständlich, nicht eigentlich aber zu exkulpiert sein. Umgekehrt freilich ist das Argument des „tu quoque“, das von den unversöhnlichen Hassern der Nachkriegszeit so oft den westlichen Staatsmännern entgegengehalten wurde, nicht allein schlecht und unmoralisch, sondern im Grunde sachlich auch unzutreffend.

IV

Gemäß den herkömmlichen, bis zum ersten Weltkrieg hin gültigen Vorstellungen lag der Sinn des Krieges als eines Mittels der Politik darin, die Militärmacht des Gegners mit rein militärischen Operationen zu zerschlagen, um damit den Gegner zu lähmen, ihm seinen Willen und seine Handlungsfähigkeit zu nehmen und ihn schließlich einem Frieden nach den

Wünschen des Siegers geneigt zu machen. Dieser Friede hatte sodann die bewaffnete Auseinandersetzung mit ausschließlich politischen Methoden zu beenden, indem er eine für die Dauer gedachte neue politische Ordnung schuf. Insofern eignete dem „klassischen Krieg“ eine strenge Trennung der politischen von der militärischen Sphäre, ihrer Methoden und Ziele, und zugleich auch die genaue Unterscheidung von zivilen und militärischen Personengruppen, von Kombattanten und Nichtkombattanten. Die moderne Kriegführung hatte – beginnend schon im Burenkrieg mit der Guerillataktik der burischen Streitkräfte und den britischen Repressionsmaßnahmen der Konzentrationslager und schon breiter entfaltet in der umfassenden Einbeziehung der zivilen Einwohnerschaft in die militärischen Handlungen des ersten Weltkrieges – Ansätze zur Vermischung politischer und militärischer Elemente des Kriegsbegriffs überhaupt gebracht. Die allumfassende In-Eins-Setzung militärischer und ziviler Kriegführung, und mithin die volle Ausbildung der Formen des „Volkskrieges“ als eines totalen Krieges, der auch vor dem Völkermord nicht zurückschreckte, blieb freilich wiederum dem zweiten Weltkrieg vor allem im östlichen Europa vorbehalten.

Die fortschreitende Vermengung politischer und militärischer Kriterien der Kriegführung äußerte sich im zweiten Weltkrieg zunächst in der von Anfang an beabsichtigten Politisierung der militärischen Operationen, die einen Gegentypus zu dem schon aus dem ersten Weltkrieg bekannten Phänomen der Unterstellung politischer Entscheidungen unter militärische Gesichtspunkte schuf. Das bekannte Schlagwort des „Militarismus“ meinte, sofern es auf seine ursprüngliche Bedeutung reduziert wurde, das unzulässige Übergreifen militärisch operativer Kriterien auf politische Entscheidungen; dafür bot der erste Weltkrieg namentlich in den Verhaltensweisen der Obersten Heeresleitung hinsichtlich der territorialen Kriegsziele Beispiele genug. Im zweiten Weltkrieg standen die militärischen Operationen und deren Planung von Kriegsbeginn an nicht unter den strategischen Kriterien einer militärischen Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte, sondern unter dem politischen Aspekt der Eroberung von bestimmten Gebieten und der Unterjochung ihrer Einwohnerschaft mit dem Endziel, diese Eroberungen mit oder ohne Friedensschluß für dauernd zu behalten. Die erste Äußerung solcher Denkweisen brachte schon der – an sich nach den Regeln der klassischen Vernichtungsstrategie

angelegte – Septemberfeldzug gegen Polen, in dem Hitler das Ausreifen der militärischen Niederlage des polnischen Gegners nicht abwartete, sondern vorzeitig den Rückzug auf die mit der Sowjetregierung vereinbarte Grenzlinie befahl und dergestalt selbst den regulären polnischen Widerstand noch um Wochen verlängerte. Schlechthin bezeichnend aber für Hitlers Vorstellung, die militärische Operation habe der territorialen Eroberung zu dienen, war die erste Weisung für die Vorbereitung des „Barbarossa“-Feldzugs gegen die Sowjetunion vom Dezember 1940, in der entgegen den Absichten des deutschen Generalstabs festgestellt wurde: „Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga–Archangelsk.“ Eben bis zu dieser Demarkationslinie sollte, wie aus zahlreichen Entwürfen der Zeit hervorging, auch das neue deutsche Kolonialreich im Osten sich erstrecken. Hier wirkte das angestrebte Endziel auf die Methode seiner Erreichung zurück. Clausewitz und mit ihm die klassische Kriegswissenschaft hatten wohl gewußt, daß die gelungene militärische Operation eine territoriale Eroberung überflüssig mache, weil das angestrebte Gebiet nach der Vernichtung der feindlichen Streitkräfte wie eine reife Frucht dem Sieger in den Schoß fallen würde. Hitler führte die deutschen Angriffsoperationen von 1941–1943 zwar mit den technischen Mitteln der hergebrachten Umfassungs- und Einkesselungsschlachten, verstieß aber in einer für die deutsche Kriegführung verhängnisvollen Weise gegen die Grundidee der von ihm angewandten Strategie, indem er den Ansatz aller deutschen Operationen nach allzu weit und allzu vielfältig raumgreifenden Vorstellungen befahl, anstatt die verhältnismäßig bescheidenen deutschen Kräfte auf das operative Hauptziel Moskau zu konzentrieren. So waren die anfänglichen deutschen Erfolge wesentlich auch darauf zurückzuführen, daß Stalin in derselben Konzeption einer Politisierung der Operation befangen war und seine Heerführer an die starre Verteidigung einer Provinz, an das Festklammern in einer festgelegten Linie band, ihnen die bewegliche Kampfführung unmöglich machte und insofern die deutschen Operationen ungewollt erleichterte. Dergestalt bildete die Schlacht von Moskau im Dezember 1941 eigentlich die Wende des Krieges. Hitler vermochte, wenn er gleich die Moskauer Katastrophe durch die voraufgegangene Verzettlung der deutschen Kräfte (die sich 1942 wiederholen sollte) und durch den zu

späten Ansatz selbst verschuldet hatte, doch einer wirklichen Panik durch die Losung des Festhaltens um jeden Preis noch einmal zu steuern; andererseits aber konnte er der Verallgemeinerung der in diesem Fall als richtig erkannten Methode nicht mehr entrinnen. Die von ihm von nun an bis zum Ende des Krieges angewandte Taktik des zähen Verbleibens in festen Plätzen, Brückenköpfen, Frontbalkonen oder Kesseln – die 1942 die Kapitulation einer ganzen Armee, 1944 sogar die Vernichtung einer ganzen Heeresgruppe zur notwendigen Folge hatte – leitete ihre vordergründige Rechtfertigung gewiß aus der Erwägung ab, Paniken, Frontdurchbrüche oder Fluchtkatastrophen zu verhindern; wesentlichere Triebkraft aber blieb stets der Wunschtraum, das einmal gewonnene Gebiet – über das politisch schon verfügt war – behalten zu können. So kam diese – wider die Meinung der deut-Generalität erzwungene – Bewegungslosigkeit der deutschen Abwehr der sowjetischen Strategie zugute, die seit 1942 immer mehr zur klassischen Angriffsoperation zurückfand. Insofern ging dank der von Hitler angewandten Methode der Mißachtung anerkannter klassischer Kriegstheorien – einer Mißachtung, deren verhängnisvolle Auswirkung Stalin noch rechtzeitig genug erkannte – sowohl das eroberte Territorium als auch die militärische Operation verloren und endlich der Krieg überhaupt.

Freilich bildete diese eigentümliche Politisierung der militärischen Operationen nur das äußere Kennzeichen einer Grundgesinnung, welche sich zwar nie völlig von der Vorstellung des Krieges als einer Aktion der Soldaten oder Kombattanten löste, die bürgerliche Einwohnerschaft des eigennationalen und der fremdnationalen Gebiete aber von vornherein gewaltsam in die Kriegshandlungen einbezog. Eben aus der Intention der auch politischen Eroberung traten Deutschland und die UdSSR in den ihrer Gewalt unterworfenen Territorien von 1939 an nicht als Besatzungsmächte auf, nicht als bloße militärische Administratoren einer Bevölkerung, über deren politische Schicksale erst bei Kriegsende zu entscheiden war, sondern als politische Neugestalter. Hieraus entsprang zunächst das mißtrauische Bestreben sowohl des Nationalsozialismus als auch der Bolschewiki, die Kompetenz militärischer Behörden tunlichst zugunsten der politischen Stellen einzugrenzen, vor allem aber die kaum eroberten Gebiete sogleich zivilen Verwaltungen zu unterstellen; bezeichnenderweise folgten den Armeen auf dem Fuße Dienst-

stellen, Behörden oder Verwaltungen, die den „zivilen Krieg“ zu führen hatten. Entscheidend war die Absicht, über die militärische Aktion hinaus die zivile Gesellschaft der eroberten oder noch zu erobernden Territorien einer tiefgreifenden sozialen Umformung zu unterwerfen. Die klaren, im 19. Jahrhundert ausgearbeiteten Regeln oder Definitionen der klassischen Kriegführung – und vorzüglich die auf den Schutz der bürgerlichen Einwohner oder der Gefangenen bezogenen – wurden nicht allein stillschweigend mißachtet, sondern gerade für die östlichen Kriegsschauplätze ausdrücklich außer Kraft gesetzt. Nächste schon angedeuteten Praxis der Verpflanzung oder Verschleppung ganzer Volksgruppen offenbarte sich hier die Konzeption, alle Schichten der zivilen Bevölkerung, die nur irgendwie zu einem politischen oder auch nur geistigen Widerstand befähigt schienen, auszuschalten und endlich sogar physisch zu vernichten. Vom Herbst 1939 an suchten Nationalsozialisten und Bolschewiki den ganzen Krieg hindurch – und dies mindestens anfänglich ohne die geringste militärische Notwendigkeit oder Herausforderung – die Nationen des Ostens ihrer Elite, ja ihrer Intelligenz zu berauben; die Verschickung der gesamten Universitätslehrerschaft von Krakau in Konzentrationslager, in denen die meisten Betroffenen umkamen, oder die bekannten Morde von Katyn bildeten nur die ersten spektakulären Beispiele solcher Intentionen des geistigen und physischen Völkermordes. Wenngleich hierbei die Nationalsozialisten eher den nationalen, die Bolschewiki eher den sozialen Akzent setzten, so war doch in beiden Fällen die nationale mit der sozialen Transformation unauflöslich verkettet. Die nationalsozialistische Praxis bediente sich häufig der größten Beraubung aller Bildungswerte und des Verbots jeder nicht technisch verwertbaren, allgemeinen Bildung bis herab zur Grenze der bloßen Schriftkundigkeit; es sollte auch hier die vorgängige weltanschauliche Setzung einer Minderwertigkeit der östlichen Völker nachträglich gewaltsam erzwungen werden. Die Bolschewiki gingen, indem sie nationale Ideen und geistige Werte überhaupt mit formaler Schonung behandelten, zumeist feiner, durchdachter und subtiler vor, ließen indessen durch ihre noch radikalere Durchführung der gesellschaftlichen Transformation den lebendigen sozialen Untergrund geistiger Leistungen absterben und damit diese selbst gleichsam verdorren. Insofern war ihre Methode noch wirksamer und gewiß noch furchtbarer als die des National-

sozialismus. Diese Ansätze zum Völkermord hatten, mochten sie auch nur partiell durchgeführt werden, doch immerhin die Gewalt, die Bevölkerungszunahme von mehreren Jahrzehnten zu verschlingen – und dies ungeachtet dessen, daß ja gerade die geistig führenden Schichten betroffen waren. Dem Nationalsozialismus blieb vorbehalten, mit der bis auf geringe Reste vollendeten Extermination des osteuropäischen Judentums das seither klassische Beispiel des verwirklichten Völkermordes zu erbringen. Der rassisch begründete, von der Vorstellung eines Kampfes auf Leben und Tod ausgehende Antisemitismus Hitlers vollbrachte hier eine Tat, welcher der rein sozial bedingte Antisemitismus der Polen oder der eher instinktive der Russen niemals fähig gewesen wäre. Sicher war an der Steigerung der nationalsozialistischen Ausrottungsmaßnahmen von der Diffamierung über die Einsperrung in Ghettos, die Zwangsarbeitsverpflichtung und den kalkulierten Erschöpfungstod bis zum krassen Mord hin die wechselwirkende Verknüpfung von älterer nationalsozialistischer Judenverfolgung und außerdeutscher jüdischer Gegenaktion, von Antisemitismus an sich und Zionismus mitbeteiligt; hier offenbarte sich aber doch die vollkommene – auf anderer Ebene früher schon im sowjetischen Denken vollzogene – Umkehrung aller sittlichen Werte, die im millionenfachen Mord nicht allein eine Wohltat für die gesamte Menschheit, sondern auch eine an sich rühmenswerte und anständige Handlung sehen konnte.

Wenn mithin in der Intention der deutschen und der sowjetischen Eroberer der Plan eines recht- und regellosen Kampfes gegen die zivile Bevölkerung überhaupt und vor allem gegen deren führende Schichten bestand, so war auch die umstrittene Frage des Untergrundes, der Résistance oder des Partisanenwesens anders zu beurteilen als allein vom Standort der klassischen Kriegsgesetze her. Gewiß waren namentlich bei den Polen, den Russen und den Ukrainern die Kräfte einer inneren Bereitschaft zum militärischen und zivilen Untergrundkampf schon vor dem zweiten Weltkrieg reich entfaltet. Neben den großen geschichtlichen Überlieferungen der Volksaufstände und der Guerillakriegführung seit dem 17. Jahrhundert war doch erheblich, daß sowohl die polnischen als auch die sowjetischen Streitkräfte eher aus konspirativen Kampfverbänden denn aus regulären Armeetruppen hervorgegangen waren und daß die Pflege dieser Tradition für beide Armeen ein konstitutives Element ihrer Ausbildung darstellte.

Dennoch waren die Anfänge der von ihnen geformten Untergrundbewegungen – der zunächst rein passiven Résistance in Polen seit 1939 und des früh aktiven Partisanenwesens in der Sowjetunion seit 1941 – noch bescheiden und nicht allzu weitgreifend. Gegen die Ausbildung einer umfassenden Untergrundbewegung wirkte bei den Polen der betäubende Schock der Septemberkatastrophe und das noch unverlorene Vertrauen in ein gewisses Maß deutscher Redlichkeit, bei den Sowjetvölkern zwei Jahre später (und vornehmlich bei den Ukrainern) die geringe Bereitschaft zum militärischen Widerstand, die doch schon das Beste zu den großen deutschen Waffenerfolgen von 1941 beigetragen hatte. Erst die allgemeine, schließlich bis zum letzten Einwohner hin dringende Erkenntnis, daß der nationalsozialistische Krieg nicht allein der bewaffneten Macht, sondern eben den zivilen Einwohnern selbst gelte, machte die geringe latente Neigung zum irregulären Widerstand virulent und allgemein. Bei erheblichen Volksteilen der Polen, der Ukrainer, der baltischen Völker und auch der Russen selber richtete sich diese Widerstandsbereitschaft nicht gegen die deutsche, sondern gegen die sowjetische Kriegführungspraxis. Es war also die vorausgegangene und stetig andauernde Verletzung aller überlieferten Rechtsbegriffe durch die Nationalsozialisten und die Bolschewiki selbst, welche das rechte Wachstum der Untergrundbewegungen herausforderte und im Grunde erst ermöglichte.

Angesichts der Kriegführung der Eroberer war es verständlich, daß die einzelnen Résistancegruppen sich häufig – aber durchaus nicht immer – vom positiv geltenden Kriegsrecht nunmehr ihrerseits lossprachen. Nicht selten war der Typus der Partisanen, der – als Soldat unter militärischem Kommando und in seiner Aktion mit den Operationen des regulären Militärs koordiniert – auf den Status und den Rechtsschutz des friedlichen Bürgers sich verließ und insofern mit Recht der Vergeltung verfiel. Andererseits erhielten die Untergrundbewegungen eine echte Legitimation in solchen Fällen, in denen sie sich die Rettung der bedrohten Bevölkerungsschichten oder der nationalen Kultur überhaupt zur Aufgabe machten und insofern als nationale Selbstschutzorganisationen auftraten. So reicht die Skala der Widerstandshandlungen von der passiven Ausbildung verschwörerischer Geheimbünde bis zur aktiven Diversion, von der Exekution als verbrecherisch erkannter Polizeichefs bis zum gewöhnlichen Raubüberfall und von der Sabotage der Rüstungswirtschaft bis zur

untergründigen Bewahrung verfolgter geistiger Werte, wie sie vornehmlich im Aufbau von Untergrundkirchen und Untergrunduniversitäten sich manifestierte. Im Grundsatz war freilich der Rekurs auf das letzte Recht des Menschen, das der Beschirmung seines Lebens, seiner Familie, seiner Freiheit, seines Vermögens und der Güter seiner Bildung, wesentlicher denn die bloße Furcht vor den Unterdrückern oder der Haß gegen sie.

Der deutsche Soldat stand zunächst fassungslos vor der ihm ungewohnten Kampfesart der Partisanen, die ihm als die Verkörperung der Bosheit, Heimtücke und Hinterhältigkeit erscheinen mußte. An sich hatte es in der deutschen Heerestradiation mindestens noch im frühen 19. Jahrhundert – wie die Entwürfe von 1809–1813 bewiesen – Elemente des Volkskrieges gegeben, die selbst vor den Extremen des Überfalls auf Lazarette oder der Brunnenvergiftung theoretisch nicht zurückschreckten. Indessen waren diese Überlieferungen im Gefolge der Regulierung der Landwehridee und der rein monarchischen Formung namentlich des preußischen Heerwesens längst verschüttet und tot. Das seitdem entwickelte Bewußtsein, der Krieg sei Sache allein der „gelernten Soldaten“, das instinktive Mißtrauen des Troupiers gegen jede bürgerliche „Anmaßung“ und vollends gegen jede irreguläre Kampfweise war herrschend geworden, und der Komplex dieser Überzeugungen hatte deutsche Generale schon im ersten Weltkrieg zu überscharfen Strafaktionen gegen Guerillas verleitet. Der für das deutsche Denken spezifische Schauer Schillers vor der Vorstellung, daß der „ruhige Bürger“ zur Wehr greifen könne, um „Würgerbanden“ zu bilden, schlug sich gerade noch im zweiten Weltkrieg in dem Befehl nieder, Partisanengruppen, welcher Art auch immer, als „Banden“ zu bezeichnen und zu behandeln. War die nationalsozialistische Führung kurzsichtig genug, die innere Konnexion zwischen dem von ihr entfachten Völkerkrieg und der raschen Entfaltung irregulären Widerstandes nicht oder doch erst viel zu spät zu erkennen, so meinte sie zugleich auch in fast naiver Weise, diesen Widerstand mit verdoppeltem Terror ersticken zu können. Für die Mehrheit der deutschen Offiziere und Soldaten war neben ihrer hergebrachten Unkenntnis des Untergrundkampfes auch ihre Ahnungslosigkeit bezeichnend, die sie den Mißbrauch ihres tapferen Einsatzes und ihres gutgläubigen Mutes zu unedlen Zielen kaum je erkennen ließ. Insofern hatte das deutsche Soldatentum im zweiten Weltkrieg eine ähnlich

tragische Rolle zu übernehmen wie das Grenzlanddeutschtum bei der Entfesselung dieses Krieges.

In der vielfachen Verknüpfung, Verschlingung oder auch Verkehrung der irregulären Elemente der Kriegsführung im Osten offenbarte sich, daß die Totalität der kriegerischen Mittel bis zu wirklichen Paradoxa gelangte. Adolf Hitler erwies sich in der Schrankenlosigkeit seiner Ziele und in der Hybris seiner Methoden als der beste Helfer und treueste Verbündete der Sowjetmacht gerade deshalb, weil er gegen sie einen totalitären Krieg entfesselt hatte. Umgekehrt verwirkte Josef Stalin jeden Anspruch darauf, als Befreier der vom Nationalsozialismus unterworfenen Völker gelten zu können. Es wird gegen die nationalsozialistische Verkennung der Résistance stets die Bedenkenlosigkeit zu stellen sein, mit der die sowjetische Führung dank ihres Partisaneneinsatzes ihre eigenen Bürger oft genug vor die schaurige Wahl stellte, entweder durch eine deutsche oder eine sowjetische Kugel zu fallen. In solchen Fällen schien die deutsche Partisanenbekämpfung im Interesse des Schutzes der betroffenen Einwohner schon fast wieder sinnvoll zu werden. Andererseits freilich brachte es das nationalsozialistische Regime zuwege, die an sich bei allen östlichen Völkern ursprünglich vorhandenen Ansätze zur Zusammenarbeit im Keim zu ersticken, die zum Kampfe gegen die Bolschewiki bereiten, spontan entstandenen Verbände erst viel zu spät zum Einsatz zuzulassen und sogar die vielfach glaubwürdige Idee einer „Abwehr des Bolschewismus“, die namentlich in den westlichen Ländern erfolgreich an die gemeineuropäische Solidarität appelliert hatte, ihrer anfänglichen Zauberkraft zu berauben. Dennoch lag in dieser Verstoßung hilfsbereiter, ideal gesonnener Menschen durch den Nationalsozialismus auch nicht der Schein einer Rechtfertigung der Sowjetmacht. Die siegreichen Divisionen Stalins hatten nach Kriegsende jahrelang zu kämpfen, bis sie die nationalen Untergrundarmeen namentlich der Ukrainer und der Polen niedergelungen hatten.

Aus alledem konnte endlich ersichtlich werden, daß der Krieg im Osten, mochte er auch als ein Krieg der imperial ausgeweiteten nationalen Egoismen begonnen haben und als ein Kampf zweier Weltanschauungen oder Ideologien deklariert worden sein, zum regellosen Krieg der Völker in ihrer Gesamtheit entartete und damit den vollkommenen Verlust jener Rechtsgrundsätze hervorbrachte, die der erste Weltkrieg immerhin im Prinzip noch

beachtet hatte. In dieser Entäußerung des Rechtes, in der Einbeziehung auch der zivilen Einwohnerschaft und in der Entfaltung des irregulären Kampfes enthüllte sich, daß dieser Krieg eine eigentümliche und spezifische Vermischung der Kennzeichen des auswärtigen Krieges und des Bürgerkrieges aufwies, ein Staatenkrieg klassischer Prägung also in keinem Falle mehr sein konnte. Hier lag indessen zugleich auch die stärkste Triebkraft der Erkenntnis, daß dieser Krieg im letzten Grunde schon nicht mehr Sache der nationalen Solidarität sein durfte. Von hier aus konnte auch die bisher als unerschütterlich und heilig geglaubte Auffassung abgeworfen werden, daß die oberste Loyalität jedes Bürgers und jedes Soldaten der nationalen Gemeinschaft gehöre. Von hier aus war endlich die Entscheidung jener Menschen zu verstehen, welche die Rettung des Rechtes als einer Idee höher stellten als die Bewahrung der nationalen - oder scheinnationalen - Belange. Für die Angehörigen der östlichen Völker entfiel dieser Entschluß zumeist, da die Idee des Rechts für sie in Einklang mit der patriotischen Sache zu bringen war und insofern ihr Widerstand der seelischen Belastungen entbehrte. Für die Deutschen aber wog angesichts des klaren und augenscheinlichen Widerspruchs des Rechts gegen das nationale Interesse auch der Grenzverteidigung und der Beschützung der eigenen Landsleute ein solcher Entscheid viel schwerer. Hier warf sich die Hauptfrage aller im Osten kämpfenden Deutschen und zahlreicher ihnen verbundener Menschen anderer Nationalität auf, die Frage nämlich, ob denn der Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht einer gleich bösen oder noch schlimmeren imperialen Gesetzlosigkeit - der der Sowjetmacht - die Wege ebnen würde. Diese Entschließung war freilich nur mühsam, verworren und düster zu vollziehen; und so viele Zweifelsfragen es gab, so viele Entscheidungen wurden getroffen. Diese sollen hier nicht gewertet werden. Möglich wird hier allein der Versuch sein, das Empfinden für die rätselhafte Wahl zwischen nationaler Verpflichtung und humanitärer Bindung, zwischen der Reinheit der Gesinnung und der vollen Erkenntnis der möglichen Verantwortung zu wecken. Es war gewiß ein Stück besonderer Tragik eines so aufgefaßten Widerstandes, daß seine Träger - welcher Nationalität sie auch immer angehören mochten - in dem ausweglosen Dilemma solcher Entscheidungen sich zerrieben.

Die Entfaltung einer neuen Klassizität des totalitären Krieges, wie sie der zweite Weltkrieg im Osten hervorgebracht hat, wird ihre Bedeutung nicht allein für die Prüfung der geistigen Grundlegung künftiger Nachbarschaft haben müssen, sondern auch für die Frage nach der Praktikabilität jener politischen oder militärischen Vorstellungen, die aus der Zeit vor diesem Kriege überliefert sind. So sollte für das staatlich-politische Gefüge des östlichen Nachkriegseuropa doch die Wahrnehmung berechtigt sein, daß die einstige Funktionsverbindung des außenpolitischen Verhältnisses von Deutschland, Polen und der Sowjetunion nicht mehr zu spielen vermag. Das Absinken Deutschlands zu einer Macht zweiten Ranges trägt dafür in gleicher Weise die Verantwortung wie die Inkorporation Polens in den intersozialistischen Staatenverband. Insofern steht die deutsche Ostpolitik zum erstenmal in der neueren Geschichte nicht mehr unter der zerstörerischen Scheinnotwendigkeit, entweder mit der Unterstützung Rußlands auf Kosten Polens sich zu arrangieren oder mit Hilfe Polens gegen Rußland vorgehen zu sollen - während umgekehrt die sowjetische Westpolitik, als beata possidens der polnischen Abhängigkeit und auch des polnischen Beistandes sicher, der deutschen Beteiligung an der Lösung der polnischen Frage nicht mehr bedarf. Mithin ist die Weimarer Rapallo-Idee ebenso wesenlos geworden wie die spätere Vorstellung eines gemeinsamen Kreuzzuges gegen den Bolschewismus. Angesichts dieser Tatsachen sollten emotional deutsche Empfindungen wie das Bewußtsein, allzu einseitig mit Unrecht oder Schuld beladen zu sein, oder die Anschauung, es werde über den Kopf der Deutschen hinweg über Deutschland bestimmt, und endlich auch die Forderung nach territorialer und personaler Restauration des alten Nationsbereichs bei aller geglaubten subjektiven Berechtigung nicht soviel Raum gewinnen, daß sie den Blick für die kaum umkehrbare Neugestaltung der Mächteverhältnisse zu verstellen imstande sind.

Im national-politischen Bereich des östlichen Europa hat sich die geschichtliche Veränderung fraglos noch tiefer eingegraben als im rein machtpolitischen. Sicherlich sind die Denkweisen des Nationalstaates und des Nationalen schlechthin nicht grundsätzlich außer Kraft gesetzt, wohl aber infolge eines lange vorbereiteten Umsturzes sämtlicher nationalen Werte pervertiert und ad absurdum geführt worden. Die 1945 kulminierenden, von nationalsozialisti-

stischer wie von kommunistischer Seite erzwungenen und von westlicher Seite gebilligten Migrationen, welche nahezu überall die irreguläre Form der Vertreibungen annahmen, hatten sich vorgefaßt, scheinbar natürlichen Grenzen anzupassen: der Oder-Neiße-Linie und komplementär zu ihr der Bug-San-Linie. Solche Lösungen ethnischer Streitfragen durch operative Entwirrungen oder auch Zerschneidungen stellten gewiß den letzten und höchsten Triumph des etatistischen und territorialen Denkens dar, das Stalin, wengleich in formaler Weise, früher schon in der UdSSR bis zur äußerster Verfeinerung hin durchgeführt hatte, während Hitler immerhin anfangs der Faszination einer nach Osten vorgeschobenen Volkstumsgrenze erlegen war. Zugleich sollte diese Völkertrennung wegen der doppelten Auflösung des Gefüges der „Heimat“ – einer topisch-ortsgebundenen und einer sozial-gruppegebundenen – die wohl tiefste und beschämendste Niederlage des älteren personalen und korporativen Denkens hervorbringen, das vordem im östlichen Europa doch erhebliche Tragkraft besessen hatte.

Eben an diesem Punkt wird indessen die Vollendung – und zugleich die Nullifikation – des

dialektischen Zirkelschlags in der nationalen Frage sichtbar. Das nationale Denken zog seine innere und äußere Legitimation ursprünglich aus dem Anspruche, den in ihrer Landschaft verwurzelten ethnischen Gruppen am ehesten ihr Lebensrecht sichern zu können. Indem nun aber die territorial gebundene Nationalidee ihre eigene anfängliche Vorbedingung auslöschte und zunichte machte, zerstörte sie auch ihr selbstgesetztes Recht. Dergestalt verknüpft sich mit dem materiellen und faktischen Endsieg der territorialen Ordnung unauflöslich ihre ideelle mors voluntaria, ihr geistiger Selbstmord. Die praktische Durchführung einer künftigen Umsiedlung oder Vertreibung wird durchaus vollziehbar sein – niemals aber deren Anerkennung als einer dauerhaften, denkerisch möglichen Friedensordnung. Daher bleibt die Frage nach einem neuen geistigen Ansatz bezüglich des Schicksals der Deutschen, Polen und Russen insofern noch offen, als sie wohl nur durch die Kategorien der personalen Korporation beantwortet werden kann. Indessen läßt sich erkennen, daß diese Frage bereits eine sichere Hoffnung in sich birgt.